

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zelle.

Was wollen die baugewerblichen Unternehmer?

Der gewerkschaftliche Kampf um Lohnerhöhung ist seitens der Unternehmer ein Kampf um die Profitrate. Lohnerhöhungen drohen die Profitrate zu schmälern, und daher kämpfen die Unternehmer gegen Lohnerhöhungen. So lehrt die Theorie. Allein die Profitrate ist keine von Natur gegebene Größe. Unter dem Zustande der freien Konkurrenz wird ihre Größe zwar von der Konkurrenz bestimmt, aber die freie Konkurrenz gehört besonders im Baugewerbe der Vergangenheit an, sie ist so gut wie überwunden. Bei Submissionen treten die Submissionskartelle in Funktion. Oft bilden die örtlichen oder bezirklichen Arbeitgeberverbände gleichzeitig Submissionskartelle. Der Vorstand bestimmt, wer die Arbeit und zu welchem Preise er sie übernehmen soll. Alle ändern, die noch bestimmt werden, sich an der betreffenden Submission zu beteiligen, müssen so hohe Preise fordern, daß es ausgeschlossen erscheint, den Zuschlag zu bekommen. Wer den Zuschlag erhält, hat eine gewisse Summe abzugeben, die unter jenen verteilt wird, die behilflich waren, daß er den Zuschlag erhielt. Diese Submissionskartelle erhöhen die Baupreise und damit die Profitrate ungemein. Die übermäßige Verteuerung der Bauarbeiten ist auf die Wirksamkeit der Submissionskartelle zurückzuführen. Natürlich verteidigen die Unternehmerverbände diese künstlich hochgeschraubte Profitrate ebenso rücksichtslos und hartnäckig, wie die früher durch die freie Konkurrenz bestimmte wesentlich geringere Profitrate. Jede Lohnerhöhung droht ja nicht nur die geringere, sondern auch die höhere Profitrate zu schmälern. Und warum unterhält man denn die Unternehmerverbände, wenn nicht zur Abwehr von Angriffen auf die Profitrate!

Bei Kriegsausbruch wurden Bauarbeiten in Angriff genommen, die vorher bereits vergeben waren, und zwar zu wesentlich höheren als Friedenspreisen. Oft waren die Preise mehr als 100 pZt. höher als die Friedenspreise. Die ausführenden Unternehmer erhöhten die Löhne, um die genügende Zahl Arbeiter zu bekommen. Sofort legten sich die Arbeitgeberverbände ins Mittel, mit der Vorgabe, der Tarifvertrag müsse innegehalten werden. Der Tarifvertrag als Sicherung einer hohen Profitrate! Die Baupreise wurden jedoch noch immer höher geschraubt mit der Vorgabe, alle leistungsfähigen Arbeiter seien zu Kriegsdiensten eingezogen, die zurückgebliebenen Arbeiter seien minderleistungsfähig, es müsse deshalb an Lohn viel mehr gezahlt werden, als bei vollleistungsfähigen Arbeitern, die Minderleistung werde immer größer. Die Folge war wieder: Erhöhung der Baupreise, Erhöhung der Profitrate und Niederhaltung der Löhne. Die Arbeiter wurden mit Lohnforderungen an die Bauauftraggeber verwiesen, die sich in Anbetracht der ungemein gestiegenen Baupreise lange weigerten, die in Frage kommenden Summen zu übernehmen. Bei den zentralen Tarifverhandlungen im Jahre 1916 bewilligte der Arbeitgeberbund eine unzureichende Lohnerhöhung mit der Erklärung: „Es sei dem Unternehmer nicht möglich, diese erhöhten Kosten ganz auf die Auftraggeber abzuwälzen, er müsse deshalb die Zulage in der Hauptsache aus seinem Vermögen leisten“. Der Sprecher besaß die Kunst, bei der Abgabe dieser Erklärung ein ernstes Gesicht zu machen! Der Arbeitgeberbund erreichte jedoch mit seiner Erklärung, daß eine Vereinbarung erst dann zustande kam, nachdem sich die Reichsregierung damit einverstanden erklärt hatte, daß die bauenden Behörden den Unternehmern die Teuerungszulagen zurückerstatteten. Die weiteren Teuerungszulagen sind dann anstandslos aus der Reichskasse bezahlt worden, so daß sie die immer höher gewordene Profitrate der Unternehmer gar nicht berührt haben. Die Herren Bauunternehmer, die während des Krieges Bauarbeiten übernommen, haben sich alle recht „gesund gemacht“.

Auch die Lohnsteigerungen seit Ausbruch der Revolution haben die Profitrate der Bauunternehmer nicht im

geringsten geschmälert. Dafür nur ein Beispiel. Dr. K. Kuczinski schreibt in seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“ vom 28. November 1919: Die Höhe der Baukosten werde im wesentlichen bestimmt durch den Preis der Baustoffe, den Lohn der Bauarbeiter und den Aufschlag des Unternehmers. Die Steigerung der Baustoffpreise und der Bauarbeiterlöhne sei viel erörtert worden. Der Aufschlag, den der Unternehmer auf den Lohn erhebt, habe aber bisher wenig Beachtung gefunden. Und doch hat dieser Aufschlag im Laufe der Zeit eine immer größere Bedeutung gewonnen. In Groß-Berlin z. B. betrug vor dem Kriege der tarifliche Stundenlohn des Maurers und des Zimmerers 82 A. Der Meister nahm einen Aufschlag von 28 A., so daß er dem Bauherrn die Maurer- und Zimmererstunde mit M. 1,10 berechnete. Heute beträgt der tarifliche Stundenlohn des Maurers und des Zimmerers M. 3,20. Der Meister nimmt aber einen Aufschlag von M. 1,70, so daß er dem Bauherrn die Maurer- und Zimmererstunde mit M. 4,90 berechnet. Der Lohn des Arbeiters ist also auf das 3,9-fache, der Aufschlag des Meisters aber auf das 6,1-fache gestiegen. Vor dem Kriege betrug der Aufschlag des Meisters 34 pZt., heute aber 53 pZt. Natürlich ist das nicht bloß in Groß-Berlin so, sondern anderwärts auch.

Nun hat bei den zentralen Verhandlungen über Gewährung einer weiteren Teuerungszulage im Baugewerbe am 19. November 1919 der Arbeitgeberbund gefordert, daß bei weiterer Gewährung einer Teuerungszulage die Bauauftraggeber — Reich, Staat, Gemeinde, Private — im Verordnungswege durch die Reichsregierung verpflichtet werden, die Mehrkosten dem Arbeitgeber voll zurückzuerstatten. Um diese Forderung dreht sich der Streit, sind die zentralen Verhandlungen wiederholt abgebrochen. Was die Unternehmer mit ihrer Forderung bezwecken, kann von dem Außenstehenden nur vermutet werden. Klar ersichtlich ist aber der Zweck um so weniger, da von Seiten des Ministerialvertreters für öffentliche Arbeiten, ohne Widerspruch zu finden, erklärt worden ist, daß den veränderten (unsicheren) Verhältnissen insofern Rechnung getragen sei, als die festen Bauverträge durch sogenannte Kolonialverträge ersetzt worden seien. Das heißt, Lohn- und Preiserhöhungen während der Ausführung des Vertrages werden vom Bauauftraggeber getragen. Auf die Aufforderung, Fälle anzugeben, wo die Sache nicht so gehandhabt werde, blieben die Unternehmer die Antwort schuldig. Sings kommen die Ausführungen des Geheimen Regierungsrats Wulff bei den zentralen Verhandlungen am 26. Januar 1920. Er hoffe bestimmt, daß die Verhandlungen im Kabinett noch in der laufenden Woche stattfinden. Ob aber die Erwartungen der Unternehmer dabei erfüllt würden, sei sehr zweifelhaft. Bestritten werde die von den Unternehmern behauptete Drangsalierung der Baugewerbetreibenden durch die Behörden. Die Arbeitgeber sollten sich nicht versteifen auf die Verordnung, sondern sich erst mit den Arbeitern über die Zulage zu verständigen suchen und erst dann auf die Rückzahlung hinwirken. Genug, der Zweck, den die Arbeitgeber mit ihrer Forderung auf Erlass einer Verordnung verfolgen, bleibt dunkel. Nur scheint festzustehen, daß es sich um keinen ganz sauberen Zweck handelt. Daß Tausende Arbeiter mit ihren Familien um diesen dunklen Streit zwischen Regierung und Arbeitgebertum so lange Zeit auf die Hungersolter gespannt werden, ist einfach empörend.

Reichsmittel zur Schaffung neuer Wohnungen.

In Nr. 4 des „Zentralblattes für das Deutsche Reich“ vom 24. Januar werden Bestimmungen des Reichsrats über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen veröffentlicht, aus denen wir u. a. folgendes entnehmen:
Zur Bekämpfung der Wohnungsnot sowie zur Förderung des Siedlungswesens können

nach Maßgabe dieser Bestimmungen aus Reichsmitteln Darlehen als Beihilfe zu den Kosten der Herstellung neuer Wohnungen gewährt werden. Die Reichsmittel werden als bedingt rückzahlbare, zunächst unverzinsliche Darlehen gegeben. Zu den Herstellungskosten für Wohnungen, die ausschließlich für Arbeiter und versicherungspflichtige Angestellte des Kohlenbergbaues bestimmt sind, werden Beihilfen aus besonders zur Verfügung zu stellenden Reichsmitteln nach den für die Errichtung von Bergmannswohnungen erlassenen Bestimmungen gewährt. Für Behelfs- und Notwohnungen kommen Reichsdarlehen nicht in Betracht. Die Reichsdarlehen werden gewährt für Wohnungen, die nach Größe, Anordnung, Raumzahl, Raumhöhe und Ausstattung die notwendigsten Anforderungen nicht überschreiten. Die nach den örtlichen Verhältnissen wirtschaftlichste Bauweise ist zu fordern. In erster Linie sollen Flachbauten mit hinreichendem Gartenland berücksichtigt werden, dreigeschossige Mehrfamilienhäuser nur innerhalb der Städte oder der Landgemeinde mit städtischer Entwicklung. Die Errichtung von Bauten mit mehr als drei Geschossen darf nur mit Zustimmung der obersten Landesbehörde unterstützt werden, und zwar im allgemeinen nur zur Ausfüllung von Waulücken. Ein Reichsdarlehen wird nur gewährt, wenn die Gemeinden sich an der Aufbringung der Baukosten mit einem Gemeinbedarfen beteiligen und sich verpflichten, ihren Anteil an der Beihilfepflicht ohne Zustimmung der obersten Landesbehörde nicht abzutreten oder zu verpfänden. Das Gemeinbedarfen soll so bemessen werden, daß es zusammen mit den vom Bauherrn aufzubringenden Kosten und dem Reichsdarlehen die Finanzierung des Bauvorhabens ermöglicht.

Die Höhe des Reichsdarlehens wird ermittelt durch Verbielfältigung der Quadratmeterzahl der Wohnfläche und Stallfläche. Der der Berechnung des Darlehens zugrunde zu legende Einheitsfuß für das Quadratmeter darf in ländlichen Gemeinden und in kleineren Städten mit vorwiegend ländlichem Charakter im ein- und zweigeschossigen Wohnhaus den Betrag von M. 165, in den übrigen Gemeinden den Betrag von M. 180, im drei- und mehrgeschossigen Mehrfamilienhause den Betrag von M. 150 beziehungsweise M. 165, für Stallflächen von M. 75 nicht überschreiten. Die Höhe des Gemeinbezugsfußes muß mindestens ein Drittel des Reichsdarlehens betragen. Bei Wohnungsneubauten auf dem Lande (in ländlichen Gemeinden und kleineren Städten mit vorwiegend ländlichem Charakter) kann auf das Gemeinbedarfen bis zur Hälfte verzichtet werden. In diesen Fällen kann dann eine Erhöhung des Reichsdarlehens stattfinden. Wo der Wohnungsbedarf auf dem Lande nachweislich durch Zugang Nichtortsansässiger entsteht, insbesondere bei Umsiedlungen städtischer Bevölkerung auf das Land, kann auf Antrag mit Zustimmung der obersten Landesbehörde auf das Gemeinbedarfen in vollem Umfange verzichtet und eine Erhöhung des Reichsdarlehens vorgenommen werden. Zur Herabminderung des Reichs- und Gemeinbedarlehens sind Arbeitgeber, deren Arbeitern und Angestellten die Wohnungen nach ihrer Lage in erster Reihe zugute kommen, nach Möglichkeit heranzuziehen. In Höhe der Summe des Reichs- und Gemeinbedarlehens ist an dem Baugrundstück Hypothek zu bestellen. Für jeden mit Reichsdarlehen unterstützten Neubau stellt die Gemeinde nach Fertigstellung die Gesamtherstellungskosten fest und setzt ferner bei Mietwohnungen die Miethöhe, bei Eigenwohnungen den Mietwert fest. Es soll davon ausgegangen werden, daß bei Miethäusern die Baukosten, soweit irgend möglich, durch die Mieteinnahmen zu verzinsen sind.

Uebersteigt bei einem Verkauf des Hauses der Kaufpreis den Unterschied zwischen Gesamtherstellungskosten und Beihilfedarlehen, so ist das Darlehen in Höhe von zwei Dritteln des diesen Unterschied übersteigenden Betrages zur Rückzahlung fällig. Das Beihilfedarlehen ist zur Rückzahlung fällig, wenn a) das Grundstück einschließlich der darauf errichteten Neubauten zu andern als zu den im Antrag bezeichneten Zwecken benutzt wird, b) nicht der vorgesehenen Anzahl von Familien Unterkunft gewährt,

und hierbei nicht kinderreiche Familien, Familien von Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten sowie der im Kriege Gefallenen bei der Vermietung vorzugsweise berücksichtigt werden, c) eine Verzögerung der Neubauten oder die Errichtung weiterer Baustellen auf dem Grundstück vorgenommen wird, d) der Käufer nicht sämtliche Verpflichtungen aus dem Verpächterlehnen übernimmt.

Für **Werkwohnungen**, die Arbeitgeber für ihre Arbeiter und Angestellten errichten, werden Reichsbdarlehen nicht gewährt. Für Wohnungen dagegen, die landwirtschaftliche Arbeitgeber für die in ihrem Betriebe Beschäftigten errichten, können Reichsbdarlehen gewährt werden, wenn der Mietvertrag in keine rechtliche Abhängigkeit vom Arbeitsvertrag gebracht wird. Nicht als Werkwohnungen gelten Wohnungen solcher gemeinnützigen Bauvereinigungen, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet werden.

Die Durchführung des Verfahrens liegt den Gemeinden ob. Es bleibt der obersten Landesbehörde überlassen, auch gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zu Trägern des Verfahrens zu machen. Zur Feststellung des Bedarfs müssen nicht nur die größeren Städte, sondern auch die Landgemeinden und Gemeindeverbände die Gesamtzahl der 1920 zu erbauenden Häuser alsbald ermitteln. Hierbei ist auf Anträge von Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen. Aufgabe der Gemeinden wird es nun sein, alsbald entsprechende Mittel für Schaffung neuer Wohnungen zur Verfügung zu stellen und dann in Gemeinschaft mit dem Reich ihren Teil zur Förderung des Wohnungsbaues und zur Linderung der Wohnungsnot beizutragen.

Wie kann man das Existenzminimum berechnen?

Von Dr. H. Rucjanski,

Direktor des Statistischen Amtes, Berlin-Schöneberg.

Diese Frage läßt sich aus tausend Gründen einwandfrei nicht beantworten. Hier soll ein möglichst einfacher Weg gezeigt werden, der annähernd zum Ziele führt.

Die wichtigste Rolle im Haushalt des Vinderbemittelten spielt die Ernährung. Wie die Wärme nach Grad gemessen wird, so wird die Nahrung nach Kalorien gemessen. Es braucht nun täglich nach Punkt:

1 Kind unter 1 Jahr	600 Kalorien
1 " von 1 bis 2 Jahren	900 "
1 " " 2 bis 5 "	1200 "
1 " " 5 bis 10 "	1600 "
1 " " 10 bis 15 "	2250 "
1 weibliche Person über 15 Jahre	2400 "
1 männliche Person von 15 bis 60 Jahren	3000 "
1 " über 60 Jahre	2700 "

Es enthält aber:

1 kg Schmalz, Öl	rund 9000 Kalorien
1 " Butter, Margarine	7500 "
1 " Speck, gerauchert	6300 "
1 " Zucker	4000 "
1 " Mehl, Nährmittel, Teigwaren, Reis, Honig, fettes Fleisch	3200 "
1 " Pflanzfrüchte	2600 "
1 " Brot, Marmelade	2400 "
1 " Quark, mageres Fleisch, Salzheringe	1900 "
1 " Karoffeln, frische Früchte	750 "
1 l Bouillotte	450 "
1 kg frisches Obst	500 "
1 " Gemüse	300 "

Um nun das Existenzminimum unter heutigen Verhältnissen zu berechnen, muß man von den rationierten Mengen ausgehen. Nehmen wir als Beispiel folgende Wochenernährung:

Nahrungsmittel	Menge	Kalorien	Preis
Brot	2250 g	5640	2,76
Teigwaren	250	800	—,45
Pflanzfrüchte	500	1300	3,50
Karoffeln	1000	750	—,50
Rindfleisch	250	300	2,25
Butter	20	150	—,56
Margarine	70	525	1,02
Zucker	175	700	—,86
Marmelade	125	800	—,81
Zusammen	—	10 465	12,21

Diese Wochenernährung von 10 465 Kalorien würde für ein Kind von 5 bis 10 Jahren ausreichen, da solch ein Kind wöchentlich 1500 x 7 = 10 500 Kalorien benötigt. Man würde also den Mindestbedarf für die Ernährung eines Kindes von 5 bis 10 Jahren in der betreffenden Stadt auf wöchentlich M 12,20 ansetzen können. Eine Frau braucht 2400 x 7 = 16 800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16 800 - 10 465 = 6335 Kalorien hinzukaufen. Wie kann sie das am billigsten tun? Um dies festzustellen, muß man zunächst berechnen, was je 1000 Kalorien außerhalb der öffentlichen Verteilung, also im freien Handel oder im Schleichhandel, kosten. Zu diesem Zweck wird man sich eine Aufstellung etwa nach folgendem Muster machen:

Nahrungsmittel	1 kg	Preis für 1000 Kalorien
Schmalz	50,—	5,56
Butter	58,—	7,78
Margarine	44,—	5,87
Speck	86,—	6,—
Graupen	3,20	1,—
Reis	12,—	3,75
Fettes Fleisch	18,—	5,63
Marmelade	7,—	2,92
Quark	6,—	5,—
Salzheringe	4,50	3,75
Schellfisch	5,—	6,67
Frisches Obst	2,—	4,—
Gemüse	—,50	1,67

Am billigsten sind Graupen, da hier 1000 Kalorien nur M 1 kosten, und man könnte vielleicht zunächst daran denken, den ganzen Fehlbetrag von 6335 Kalorien durch Graupen zu decken. Dies aber würde bedeuten, daß die betreffende Frau wöchentlich 2 Kilogramm Graupen verzehren müßte. Das ist natürlich unmöglich. Man muß also in der Weise vorgehen, daß man zunächst so viel von dem billigsten Lebensmittel ansieht, wie ein Mensch normalerweise genießen kann dann zum zweitbilligsten übergeht usw. In dem vorliegenden Falle würde man demnach etwa rechnen:

700 g Graupen	= 2240 Kalorien = M 2,24
5000 " Gemüse	= 1500 " = " 2,50
500 " Marmelade	= 1200 " = " 3,50
250 " Reis	= 800 " = " 3,—
500 " Salzheringe	= 600 " = " 2,25
Zusammen	= 6340 Kalorien = M 13,49

Für den Mindestnahrungsbedarf der Frau wären also M 12,21 + M 13,49 = M 25,70 anzusetzen. Ein Mann benötigt wöchentlich 8000 x 7 = 21 000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als die Frau, könnte er sich billigt auf folgende Weise zuführen:

1000 g Obst	= 500 Kalorien = M 2,—
500 " Quark	= 600 " = " 3,—
250 " Schmalz	= 2250 " = " 12,50
250 " fettes Fleisch	= 800 " = " 4,50
Zusammen	= 4150 Kalorien = M 22,—

Für den Mindestnahrungsbedarf des Mannes wären also M 25,70 + M 22 = M 47,70 anzusetzen. Das Existenzminimum von Nahrungsmitteln würde mithin in der betreffenden Stadt zum Beispiel für eine Familie von Mann, Frau und 2 Kindern von 5 bis 10 Jahren M 47,70 + M 25,70 + M 12,20 + M 12,20 = M 97,80 betragen.

Für Wohnung wird man für Alleinstehende und für Familien bis zu 4 Köpfen den Mietpreis einer Wohnung von Stube und Küche, für Familien von fünf und mehr Personen den Mietpreis einer Wohnung von 2 Stuben und Küche als Existenzminimum einzusetzen haben. Für Heizung und Beleuchtung sind wöchentlich durchweg, also für Alleinstehende und für Familien, etwa 1 Zentner Kohlen oder Briketts der jeweils billigsten Art und etwa 6 Kubikmeter Gas zu rechnen. Es mag auf den ersten Blick so scheinen, als ob hier der Ansatz für Einzelpersonen zu hoch wäre. Man darf aber nicht übersehen, daß, wenn alleinstehende Personen ohne eigene Wohnung vielleicht weniger für Wohnung, Heizung und Beleuchtung ausgeben müssen, als hier angenommen, sie andererseits für Ernährung, eben weil sie keine eigene Haushaltung führen, mehr auszugeben haben, so daß im ganzen bei Befolgung der hier angegebenen Grundätze der notwendige Ausgleich erzielt sein dürfte.

Für Bekleidung läßt sich sehr schwer ein Maßstab angeben. Man wird vielleicht der Wahrheit nahe kommen, wenn man als Mindestbedarf für Anschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche beim Mann wöchentlich den dreißigsten Teil des Preises von einem neuen Anzug und einem Paar neuer Stiefel rechnet und bei der Frau zwei Drittel, bei den Kindern je ein Drittel des so errechneten Betrages ansieht. Wenn also zum Beispiel in einer Stadt ein brauchbarer Ausgehanzug M 500 und ein Paar feste Stiefel M 130 kosten, so wären für Anschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche zu rechnen für den Mann M 21, für die Frau M 14, für jedes Kind M 7.

Hat man den Mindestbedarf für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung ermittelt, so wird man auf die Summe noch einen Aufschlag von etwa 25 pSt. für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche, Reinigung, Fahrgehd, Steuern, Beiträge usw.) machen müssen, um dann endlich das Existenzminimum zu finden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Beitragsleistung.

Die Woche vom 1. Febr. bis 7. Febr. ist die 6. Beitragswoche

" " " 8. " " 14. " " 7. " "
" " " 15. " " 21. " " 8. " "
" " " 22. " " 28. " " 9. " "
" " " 29. " " 6. März " " 10. " "

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehen gegen § 22 Absatz 3 der Satzungen wurden in Coburg Joh. Georg Ruppert (291 787), in Heidelberg L. M. Ernst Jahn (268 251), in Magdeburg Richard Fröhlich (269 653) und in Spandau Ernst Köppen (270 048) ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreikt wird in Aischersleben, Beetzendorf, Blankenburg a. S., Bonn, Salbe a. d. S., Coburg, Golditz, Darmstadt, Förste a. S., Friedland l. M., Heidelberg, Immenstadt, Ipehoe, Kolberg, Mainz, Marienburg, Müllisch, Raumburg a. d. S., Neuhaubensleben, Peine, Prenzlau, Queblinburg, Reichensachsen, Rothenburg o. d. Tauber, Tambach, Tangermünde, Wallendorf, Weimar und Ziefar.

Gesperrt ist in Lübecke das Geschäft von Lünemann und in Osnabrück das Geschäft von P. Koffel & Cie.

Der Streik in Merseburg hat an Ausdehnung zugenommen. Die Bauarbeiter haben sich dem Streik angeschlossen; ebenfalls die Arbeiter der Montagefirmen sowie auch die

Maler. Am 21. Januar haben vor dem Tarifamt in Halle Verhandlungen stattgefunden. Die Entscheidung lautete dahin, daß die streikenden Parteien sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklären sollten. Dem haben beide Parteien zugestimmt, so daß die Verhandlungen im Ratstafel des Stadthauses sofort aufgenommen wurden. Der Vorsitzende des Tarifamtes wohnte ihnen als Gast bei. Die Unternehmer boten in dieser Verhandlung M. 8 beziehungsweise M. 2,70 pro Stunde, im übrigen sollten die in Halle getroffenen Abmachungen gelten. Außerdem solle ein Teuerungszuschlag von 25 pSt pro Wochentag und Kopf der Familie gezahlt werden. Die Vertreter unserer Kameraden machten einen auf M. 4,20 pro Stunde lautenden Gegenvorschlag. Die Unternehmer erklärten, darauf nicht eingehen zu können, sie bezeichneten das gemachte Angebot als das Höchste, was geleistet werden könne. Zu diesem Angebot haben am 22. Januar Versammlungen unserer Kameraden Stellung genommen; es wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Werkzimmere, die aus Solidarität die Arbeit mit eingestellt haben, erhielten inzwischen durch die Direktion des Werks schriftlich ihre Entlassung zugestellt. Die erforderlichen Schritte zur Aufhebung dieser Maßregelung sind eingeleitet.

Streik in Förste am Harz. Mit der Stellungnahme der Unternehmer, die jegliche Lohnaufbesserung ablehnen, befaßte sich am 25. Januar eine Versammlung unserer Kameraden. Die Empörung war sehr groß; besonders entrüstet waren die Verammelten darüber, daß der Nordwestdeutsche Arbeitgeberverband jede Lohnaufbesserung unterlag haben soll. Es wurde beschlossen, die Arbeit am nächsten Tage einzustellen. Die Sägemüller, Heizer und Hilfsarbeiter haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt.

Streik in Hohenmölsen-Leuchern. Am 20. Januar sind unsere Kameraden in Hohenmölsen und Leuchern in den Streik getreten. Ursache liegt in der Verweigerung der zehnprozentigen Abschlagszahlung durch die Unternehmer.

Differenzen in Kahla. Die Unternehmer in Kahla haben es anheimend darauf angelegt, die bestehenden Differenzen zum Konflikt zu treiben. Die 10 pSt. Abschlag zahlen sie erst ab 3. Januar, nicht wie es ihre Pflicht gewesen, ab 11. Dezember vorigen Jahres. Dann zahlen sie aber auch nicht voll 10 pSt., sondern auf 18 nur 15 pSt. Nachdem alles Protestieren unserer Kameraden gegen ein derartig schiefes Verhalten der Unternehmer fruchtlos war, ist jetzt eine neue Forderung aufgestellt worden, und zwar auf M. 1,25 Zulage pro Stunde.

Streik in Kolberg. Als teuerste Stadt in Pommern steht Kolberg im Lohn weit hinter anderen gleichartigen Städten zurück. Verhandlungen über eine Lohnaufbesserung oder Teuerungszulage lehnen die Unternehmer rundweg ab. Am 20. Januar ist der Streik beschlossen worden.

Streik in Marienburg. Seit dem 21. Januar stehen die Kameraden in Marienburg im Streik. Sie fordern M. 8 Stundenlohn. M. 2,55 wurde von den Unternehmern zugestanden.

Streik l. Wallendorf l. S.-M. Schon im November vorigen Jahres haben unsere Kameraden in Bock und Leich sowie in Wallendorf und Geiersthal um Lohnverhandlungen nachgesucht, aber die Unternehmer haben sich dazu bisher nicht bequemt. Jetzt ist ihnen die Geduld ausgegangen; am 20. Januar sind sie in den Streik getreten.

Streik in Weiskensfeld. Unsere Kameraden in Weiskensfeld stehen seit dem 21. Januar im Streik. Der unmittelbare Anlaß ist die Verweigerung der zehnprozentigen Abschlagszahlung durch die Unternehmer. Der Streik soll indes auch die Durchführung einer Lohnforderung bezwecken. Am 23. Januar fanden bereits Verhandlungen statt, doch wurde eine Einigung nicht erzielt.

Differenzen in Osnabrück. Bei der Firma Koffel & Cie. ist wegen Nichtzahlung der Teuerungszulage die Arbeit eingestellt. Beteiligt sind 10 Mann daran.

Streik in Reichensachsen. Um die Durchführung eines Stundenlohnes von M. 2,55, wie sie der Frankfurter Schiedsspruch vorsieht, zu erzwingen, sind die Kameraden in Reichensachsen am 26. Januar in den Streik getreten. Versuche auf friedliche Verständigung sind gescheitert.

Streik in Heidelberg (Zahlstelle Mannheim). Am 23. Januar haben die Kameraden in Heidelberg die Arbeit eingestellt, nachdem die Zimmermeister es ablehnten, über die eingereichte Lohnforderung zu verhandeln. Unsere Kameraden haben zuletzt im Oktober vorigen Jahres eine Zulage erhalten und sind daher im Dezember leer ausgegangen. Jetzt fordern sie gemeinsam mit den Bauarbeitern eine Zulage von 100 pSt. — Gelegentlich von Tarifverhandlungen in Mannheim am 22. Januar über das Betongewerbe wurde der Versuch gemacht, auch über die Forderungen in Heidelberg zu beraten. Die Unternehmer lehnten das jedoch unter Hinweis auf die zentralen Verhandlungen ab.

Platzstreik in Emden. Zwei Unternehmer in Emden, von der Linde und Kemmers, weigern sich, die 10 pSt. Abschlagszahlung zu bewilligen. Erst wollen sie Gewißheit darüber, daß die Eisenbahnverwaltung diese Zahlung zurückerkattet. Alle Bemühungen, die Angelegenheit auf gutlichem Wege zu regeln, sind gescheitert. Beide Geschäfte wurden gesperrt. Die Sperre hat sofort Erfolg gehabt, sie konnte noch am selben Tage wieder aufgehoben werden.

Teuerungszulagen in Bielefeld und Umgegend. Durch die gesteigerten Brotpreise und die allgemeine Teuerung haben sich die Kameraden in Bielefeld und Umgegend genötigt, Verhandlungen zu beantragen. Allerwärts wurde eine Verständigung erzielt. In Bünde wurde der Lohn ab 12. Januar von M. 2 auf M. 2,50 erhöht. In Verbmold, wo die Zimmerer bisher nicht organisiert waren, war der Lohn hinter der Teuerung zurückgeblieben. Die Kameraden haben sich der Zahlstelle Bielefeld an. Der Lohn stieg am 1. Januar

von M. 1,90 auf M. 2. In Dielefeld wurde am 24. Januar verhandelt. Gemäß dem Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft wird ab 1. Januar eine Zulage von 15 % gezahlt und ab 22. Februar eine weitere Teuerungszulage von 60 %. Der Lohn beträgt jetzt M. 3,45 für die Stunde.

Der Streik in Varel i. O. ist beendet. Die Arbeit wurde am 26. Januar wieder aufgenommen. Der Stundenlohn beträgt sofort M. 3,20, vom 1. Februar an M. 3,30, vom 1. März an M. 3,50. Die Forderung lautete auf M. 3,80.

Streik in Bonn. Unsere Kameraden in Bonn haben der Zimmermeisterinnung Forderungen unterbreitet und um Verhandlungen darüber nachgesucht. Am 20. und 22. Januar fanden Verhandlungen statt. Die Zimmermeister anerkannten die Notlage der Zimmerer, sie hielten auch die Forderung, M. 4 vom 16. Januar an, M. 4,50 vom 1. Februar an, für annehmbar. Zu ihrer Bewilligung konnten sie sich jedoch ohne Zustimmung des Arbeitgeberverbandes nicht entschließen. Am 24. Januar wurde für das gesamte Baugewerbe mit dem Arbeitgeberverband verhandelt. Das Angebot der Unternehmer lautete auf M. 3,75 für gelernte, M. 3,68 für ungelernete Arbeiter. Die Vertreter des Deutschen und des Christlichen Bauarbeiterverbandes stimmten diesem Angebot zu, unsere Vertreter nicht. Die Zimmermeisterinnung erhöhte nachher das Angebot auf M. 3,85. Auch dieses Angebot wurde von unsern Kameraden in einer stark besuchten Versammlung abgelehnt und beschlossen, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Forderung anerkannt ist.

Vereinbarungen in Freienwalde a. d. Ober. Die Regelung der Teuerungszulage wurde durch die Arbeitgeber in die Länge gezogen, so daß die Mitglieder ungeduldig wurden und auf Grund eines Beschlusses am 19. Januar die Arbeit einstellten. Am 21. Januar kam es zur Verhandlung und nach langen Auseinandersetzungen bewilligten die Arbeitgeber die gestellte Forderung von 60 % pro Stunde, unter der Voraussetzung, daß am 22. Januar die Arbeit aufgenommen werde. Eine an demselben Abend stattgefundene Versammlung stimmte dem Resultat zu. Der Stundenlohn beträgt vom 22. Januar an M. 2,70.

Vereinbarungen in Oranienburg. In der Verhandlung am 22. Januar wurde folgender Vergleich getroffen: Vom 24. Januar an tritt eine Teuerungszulage von 60 % pro Stunde für alle Bauarbeitergruppen in Kraft. Im übrigen gelten dann die Vereinbarungen, die in Berlin und für das Reich als zweite Rate getroffen werden.

Vereinbarungen in Treuenbriehen. Durch Verhandlungen am 20. Januar wurden die 10 pSt. ab 2. Januar als Teuerungszulage erreicht. Eine gut besuchte Versammlung am selben Tage stimmte dem Ergebnis zu, in der Erwartung, daß die weiteren Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium eine Regelung finden dürften, die voll und ganz den heutigen teureren Verhältnissen Rechnung trägt. Der Stundenlohn beträgt ab 2. Januar M. 1,87.

Streik und Vereinbarungen in Heide i. Holst. Ein dreitägiger Streik endete erfolgreich. Der Stundenlohn wurde von M. 2,31 auf M. 3 erhöht.

Verhandlungen über eine neue Teuerungszulage für Hamburg und Umgegend haben am 30. Januar stattgefunden. Es wurde nicht nur für das gesamte Gebiet von Groß-Hamburg, sondern auch für Altona verhandelt. Eine Einigung wurde nicht erzielt, da zwischen der Forderung und dem Angebot der Unternehmer noch eine allzu starke Differenz bestand. Die Arbeiterverbände haben nunmehr das Tarifat angerufen.

Verhandlungen in Braunschweig haben am 22. Januar stattgefunden. Bekanntlich fordern unsere Kameraden eine Lohnerhöhung von 40 pSt. Nach eingehenden Beratungen gaben Vorstand und Lohnkommission der Arbeitgeber die Erklärung ab, daß sie ihrer nächsten Mitgliederversammlung eine Abschlagszahlung von 20 pSt. auf die zu erwartende zentrale Zulage vorschlagen würden, die mit dem 22. Januar in Kraft treten sollte.

Vereinbarungen für Württemberg. In der Sitzung des Landesauschusses am 14. Januar 1920 wurde zwischen dem Landesverband Württemberg und den Vertretern des deutschen Bauarbeiterverbandes sowie des Zentralverbandes deutscher Zimmerer folgende Vereinbarung getroffen: „Die dem Landesverband angeschlossenen Arbeitgeber erklären sich bereit, vom 11. Dezember 1919 an bis 31. Dezember 1919 eine Teuerungszulage von 60 % pro Stunde zu zahlen, unter Anrechnung der bereits zur Auszahlung gelangten 10 pSt. Dagegen verzichten die Vertreter der Arbeitnehmer auf jede weitere Zulage für die im Jahre 1919 geleistete Arbeitszeit. Vom 1. Januar 1920 an wird diese Teuerungszulage von 60 % als Abschlag auf die von den beiderseitigen Zentralorganisationen nach zu vereinbarenden Gesamteuerungszulage weitergezahlt.“

Zur Vereinbarung:

- Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe Landesverband Württemberg.
- O. Wusch.
- Deutscher Bauarbeiterverband.
- H. Berner.
- Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
- E. Leuger.

Berichte aus den Jahreshellen.

Nachen. Am 14. Januar tagte unsere Generalversammlung. Anwesend waren trotz des schlechten Wetters 82 Kameraden. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt war, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Der Vorsitzende erstattete sodann Bericht von der Verhandlung mit den Unternehmern. Nachdem wir den Arbeitgebern mitgeteilt hatten, daß das Reichsarbeitsministerium am 11. Dezember einen Abschlag auf die neue Teuerungszulage bewilligt hatte, kam es am 27. Dezember zur Verhandlung. Vertreten waren die Arbeitgeber durch die Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Nachen. Die

Arbeitnehmer waren vertreten durch den Zentralverband der Zimmerer, den Deutschen Bauarbeiterverband, den christlichen Bauarbeiterverband und den Zentralverband der Dachdecker. Von Seiten der Arbeitgeber wurde sofort erklärt, daß Nachzahlung unter keinen Umständen stattfinden könnte und boten uns 15 % pro Stunde Zulage, zahlbar ab 1. Januar 1920. Nach dreistündiger Debatte erklärten sie sich bereit, die 10 pSt. ab 1. Januar zu zahlen. Wir bestanden auf Nachzahlung ab 11. Dezember oder aber ab 1. Januar 15 pSt. Da die Arbeitgeber aber dazu keine Befugnisse hatten, wollten sie ihre Versammlung entscheiden lassen. Als Antwort lief auf 17. Januar folgendes Schreiben ein: „Die bisher gezahlten Löhne und Teuerungszulagen werden mit Wirkung ab 1. Januar 1920 um eine Teuerungszulage von 10 pSt. erhöht. Als Ausgleich für die von den Arbeitnehmern geforderte Nachzahlung im Dezember wird für die vom 11. Dezember bis 31. Dezember 1919 gearbeiteten Schichten an den ersten 8 Zahltagen des Januar ein Sonderzuschlag von 10 pSt. zu je einem Drittel an jedem dieser 8 Zahltage auf die in obiger Frist zur Auszahlung gelangten Löhne vergütet. Die eintretende Erhöhung sowie die Ausgleichszahlung finden keine Anwendung auf Ueberstunden und andere Nebenbezüge sowie die in der Zwischenzeit entlassenen Arbeiter.“ Zu diesem Schreiben werden wir am 20. Januar Stellung nehmen. Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Zudem haben die Arbeitgeber die Ausgleichszahlung einstweilen abgelehnt, bis von uns die Bestätigung eingelaufen ist. Der Vorsitzende fragte dann die Versammlung, ob überall mindestens M. 2,75 bezahlt würden, was bejaht wurde. Mit der Mahnung, selbst überall nach dem Rechten zu sehen, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Nachdem Kamerad Graf den Kartellbericht erstattet hatte, wurden die Zustände auf dem Platze Gärten zur Sprache gebracht. Sodann wurde noch angeregt, daß alle Kameraden die neu erschienenen Arbeiterzeitung abonnieren möchten. Mit einem Hoch auf den Zentralverband, in dem alle Kameraden begeistert einstimmten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Am 11. November 1918 die Kameraden aus dem Felde heimkehrten, fanden sie unsere Zahlstelle noch im Schutz dank der Tätigkeit unserer Kameraden Jarbon, der sie mit 2 bis 3 Mann während des Krieges hochgehalten hatte. Das erste war, eine Versammlung einzuberufen. Jedoch war dieses mit vielen Schwierigkeiten verknüpft. Es war sehr schwer, Erlaubnis zu erhalten. Man mußte erst 2 bis 3 Besuche machen, weil zu der Versammlung immer wieder die Genehmigung verlagert wurde. Jetzt ist es besser geworden und unsere Versammlung braucht bloß 48 Stunden vorher angemeldet zu werden. Wir hatten im vergangenen Jahre 12 Mitglieder- und 2 außerordentliche Versammlungen. Vorstandssitzungen hielten wir nach Bedarf ab. Lohnbewegungen hatten wir 4. Im Januar 1919 fanden wir M. 1,10 Stundenlohn vor, der bis Februar auf M. 1,30 stieg. Mitte Februar folgte die Umrechnung auf M. 1,61. Es standen uns M. 1,66 zu, jedoch die Verhandlungen mit den Bauarbeitern waren schon geläufig und so mußten wir uns mit M. 1,41 zufrieden geben, weil bei der ungünstigen Zeit nicht mehr herauszuholen war. Im März stellten wir den Antrag auf Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Jedoch die Unternehmer erklärten erst nach Friedensschluß verhandeln zu wollen. Endlich kam es im Juni zu verschiedenen Raten zu Verhandlungen. Wir forderten einen Stundenlohn von M. 2,50, die Unternehmer boten M. 2. In der am 27. Juli stattgefundenen Versammlung lehnten unsere Kameraden das Angebot ab, besonders da die Unternehmer sich weigerten, den Reichstarif anzuerkennen. Daraufhin drohten sie, wenn bis zum 6. August von den Zimmerern nicht unterschrieben wäre, würden sie die ganzen übrigen Bauarbeiter des Regierungsbezirks Nachen ausperren. Mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur der anderen Bauarbeiter und weil nunmehr die Arbeitgeber den Reichstarif anerkannten, wurde der Vertrag mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Jedoch die Kameraden zogen es vor, auswärts zu bedeutend höheren Löhnen in Arbeit zu treten, da die Arbeitsgelegenheit auswärts ebenfalls sehr günstig war. So war Nachen diesen Sommer fast ganz von Zimmerern entblößt, trotzdem sehr viele Arbeit da war. Das half, denn sonst hätten sich die Verhandlungen im Oktober nicht so glatt abgewickelt, welche uns den Stundenlohn von M. 2,50 brachten. Die hiesigen Unternehmer sind dem Deutschen Arbeitgeberbund nicht angeschlossen, sondern bilden einen Bund für sich, darum meinen sie: „Was von Berlin kommt, geht uns nichts an!“ und verlangen, daß, weil sie dem Deutschen Arbeitgeberbund nicht angeschlossen sind, wir müßten unsere Knochen billiger verkaufen als unsere Kameraden im unbefestigten Gebiet, trotzdem hier alles noch teurer ist als dort. Leider mußten wir im Frühjahr mit den anderen Bauarbeitern zusammengehen, da wegen Pachtwierigkeiten unser Gauleiter unsere Verhandlungen nicht leiten konnte. Jetzt sind wir dadurch ins Hintertreffen geraten und müssen nun mit Maurern, Flintenern und Betonmeistern über Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zimmerergewerbe verhandeln. Bei den ganzen Verhandlungen fanden es die Zimmermeister nicht nötig, einen Vertreter zu senden. Aber bei dem kommenden Tarifabschluß werden wir wohl damit aufträumen müssen; denn das kann und soll nicht so bleiben. Unsere Zahlstelle zählt 60 Mann, anders organisiert sind: 3 Christliche und 2 im Völkerverband. Leider haben wir 5 Kameraden im Völkerverband verloren. Unsern langjährigen Vorsitzenden Hubert Pennack, G. Kohlberg, Wilh. Salin, Friz Jahn und H. Heiddüchel. Einer schwand nach in Gefangenschaft. Wir haben die Gefallenen dadurch geehrt, daß wir von den Photographien ein großes Bild mit entsprechender Inschrift haben machen lassen, welches jetzt in unserer Versammlungslokal hängt. Wir haben jetzt erneut Schritte unternommen zwecks Verhandlungen über eine neue Teuerungszulage, jedoch wollen wir erst den Beschluß des Reichsarbeitsministeriums abwarten.

Wartenstein i. Oßpr. Am 26. Januar fand die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre statt. Von 41 Mitgliedern waren 21 erschienen, so daß die Versammlung gerade beschlußfähig war. Zu Punkt 1, Teuerungszulage, wurde festgesetzt, daß die Teuerungszulage von sämtlichen Arbeitgebern gezahlt wird. Unser Stundenlohn beträgt jetzt M. 2,25. Im zweiten Punkt erstattete der Kassierer

Bericht über die Quartalsabrechnung. Die Abrechnung war von den Revisoren geprüft und in Ordnung befunden; dem Kassierer wurde hierauf Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl entspann sich eine lebhafteste Debatte, da kein Kamerad die Kosten des ersten Vorsitzenden übernehmen wollte. Es hat den Anschein, als ob die Kameraden fürchten, sich dadurch beim Arbeitgeber unbeliebt zu machen. Die Wahl wurde aber dennoch erledigt. Kamerad Marlein erstattete Bericht über die Kartellleistungen. Ferner wurde beschlossen, wieder regelmäßige Mitgliederberaternungen abzuhalten, und zwar jeden Sonntag nach dem 20. im Monat, nachmittags 1 Uhr, in Villa-Bergpart.

Berlin und Umgegend. Am 18. Januar fand die Fortsetzung der außerordentlichen Jahreshellenversammlung vom 7. Januar statt. Kamerad Buche erstattete Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss, welcher am 15. Januar tagte. Auch hier zeigten die Unternehmern — wie bei früheren Verhandlungen — nicht das geringste Entgegenkommen. So kam es, daß, nachdem die Verhandlungen volle 7 Stunden gedauert und keine Einigung erzielt war, ein Schiedspruch gefällt wurde, der bereits in Nr. 5 des „Zimmerer“ mitgeteilt ist. In der Diskussion kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß der gefällte Schiedspruch äußerst unzulänglich sei; jedoch im Hinblick auf die demnächst stattfindenden zentralen Verhandlungen und weil die jetzigen Abmachungen uns nur noch 2 Monate vom Abschluß eines neuen Abkommens trennen, wurde der Schiedspruch mit der Abänderung „rückwirkend vom 2. Januar 1920“ angenommen. Zur Vorstandswahl wurde beschlossen, den Vorstand durch Urwahl zu wählen. Ein Antrag des Bezirks 4, die Kandidaten nach der Parteizugehörigkeit zu befragen, wurde angenommen. Es kandidieren die Kameraden B. Witt und Fr. Wenada als 1. Vorsitzender; Klent und Buche, 2. Vorsitzender; Welfow, 1. Kassierer; Neumann und Golze, 2. Kassierer; Heinz Schulz und Schneider, 1. Schriftführer; Decker und Haufe, 2. Schriftführer; als Revisoren Schöniger, Niehn, Priff, Dürre, Münchhoff und Blutin; als Kontrollreue Schill, O. Müller, Jden, Kirchhof, Pfender und P. Haase. Von einer Abänderung des Wahlreglements wurde Abstand genommen. Zum Schluß wurden zur Wahlkommission folgende Kameraden gewählt: Schahn, Schönig, Nidel, Winkelmann, Ebenhahn, Friz Schulz, Ernst Niege, Trutinat, Kramann, Herm. Winkelmann und Schütz. Die Vorstandswahl findet am Sonntag nach der nächsten Zahlstellenversammlung statt.

Dielefeld. Am 26. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Den Bericht von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über Teuerungszulagen erstattete der Vorsitzende, Kamerad Arnold. Am 21. Januar haben auf Veranlassung der örtlichen Organisation der Zimmerer und Bauarbeiter Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für Dielefeld und Umgegend stattgefunden. In dieser Sitzung wurden die Teuerungszulagenverhältnisse besprochen und gefordert, daß angesichts der enormen Teuerungswelle eine entsprechende Teuerungszulage eintreten müsse. Auch die von der Reichsarbeitsgemeinschaft vereinbarte Zulage für Mehl, Brot und Kartoffeln wurden gefordert. Die Unternehmer erklärten an, daß unter den jetzigen Verhältnissen die Erzielung der Arbeiter sehr schwierig sei, sie als Verhandlungsleiter könnten aber keine Zugeständnisse machen, sondern müßten erst ihre Mitglieder befragen. Es wurde vereinbart, am 24. Januar wieder zusammenzukommen, um weiter zu beraten. Zu dieser Sitzung hatten wir unsern Gauleiter, Kameraden Janßen, geladen, der auch erschienen war. Es wurde vereinbart, daß ab 1. Januar eine Teuerungszulage nach Vereinbarung der Reichswirtschaftsgemeinschaft für Brot, Mehl und Kartoffeln von 15 % pro Stunde sowie eine allgemeine Teuerungszulage von 60 % pro Stunde zu zahlen ist, so daß ab 23. Januar der Stundenlohn für Dielefeld M. 3,45 und für Dielefeld-Land M. 3,35 beträgt. Zum nächsten Punkt gab Kamerad Arnold den Kartellbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Zahl der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder 31573 beträgt. Zur Dedung der beträchtlichen Mehrausgaben wurde beschlossen, den Kartellbeitrag pro Kopf und Vierteljahr auf 60 % zu erhöhen. Dies wurde einstimmig angenommen. Vom Vorstand wurde angesichts der wachsenden Mehrausgaben der Lokalkasse der Antrag gestellt, den Beitrag von M. 1,80 auf M. 2 zu erhöhen; diesem wurde zugestimmt. In „Verschiedenes“ wurde vom Kameraden Theismann beantragt, der Arbeiterjugend in Schilbesche M. 10 zu bewilligen, was einstimmig beschlossen wurde. Kamerad Karre weist auf die Genossenschaftsbewegung hin, ein jeder Arbeiter sollte es sich doch zur Pflicht machen, dem Konsumverein als Mitglied anzugehören und auch hier seine Waren zu beziehen. Ein neuer Betriebszweig wird in kürzester Zeit eingeführt, nämlich eine Tischlerei und Schmiede. Im weiteren wurden noch einige interne Angelegenheiten geregelt. Hierauf schloß der gutbesuchten Versammlung.

(Jahresbericht.) Im verfloffenen Jahr, das im Zeichen stürmischer Tage und Monate auch für Dielefeld stand, war das Arbeitsfeld für unsere Organisation ein sehr großes. Als am 23. Februar die jetzige Verwaltung an die Spitze geteilt wurde und der Krieg seinen Abschluß gefunden hatte, hieß es, die Zahlstelle wieder so zu befestigen, daß wir wieder aktionsfähig würden. Es waren noch eine Anzahl Kameraden, die im Kriege der Organisation den Rücken gekehrt hatten, wieder der Zimmererbewegung zuzuführen. Das ist uns restlos gelungen, so daß wir heute den letzten Zimmerer und auch Lehrling organisiert haben. Die erste Aufgabe der neugewählten Verwaltung war die Umrechnung auf den Achtstundentag, die zweite Aufgabe die Gleichstellung der Löhne der Zimmerer im industriellen Betriebe. Schwierigkeiten machten die Firmen Kemmerichwerke, Ocker. Betreffende Firma wurde vor den Schlichtungsausschuss gerufen. Hier wurde verlangt, daß für Zimmerarbeiten auch Zimmererlohn zu zahlen sei, was auch entschieden wurde. Die Firmen wurden verurteilt, und so wurden unsern Mitgliedern Beträge bis M. 200 nachgezahlt. Im ganzen haben 5 Schlichtungssitzungen stattgefunden. Ein Streitfall, in dem das Dachlaten von Dachdeckern ausgeführt wurde, wurde als Zimmerarbeit anerkannt und im Schlichtungsausschuss protokolllarisch festgelegt. Zwei Sitzungen der Arbeitsgemein-

Haft über Submissionswesen und Stadtbauten machten sich nötig. Agitation wurde im Landkreis betrieben. Mitglieder wurden in Bünde und Verbände gewonnen; für Bünde wurde ein Stundenlohn von $\text{M } 2,50$, für Verbände ein solcher von $\text{M } 2$ festgelegt. In Vorträgen fanden mehrere Räte, unter anderem ein Vortrag des Gauleiters Janßen über Gewerkschaftsbund. Es wurden abgehalten 18 Vorstandssitzungen, 5 Vertrauensmännerversammlungen, 14 Mitglieder- und Generalversammlungen; ferner 4 kombinierte Sitzungen mit dem Bauarbeiterverband. Die Jahreseinnahme betrug $\text{M } 13.145,92$, die Ausgabe $\text{M } 10.102,58$, so daß ein Bestand für die Lokalkasse von $\text{M } 8043,39$ verblieb. Der Mitgliederbestand betrug im ersten Vierteljahr 62, eingetretene sind 49, vom Militär angemeldet und zugereist 65, Restanten 1, übergetreten sind 7, gestorben 5, getreten 5, abgereist 9, Restant 1, so daß am Jahresabschluss 152 Mitglieder vorhanden waren. Kameraden, nun heißt es, fest die Organisation ausbauen, Eurem Vorstand, den Ihr Euch gewählt habt und der Euer Vertrauen besitzt, das Rückgrat zu stärken und nicht durch Nörgeleien und persönlichen Haß den Samen der Unzufriedenheit in unsere Reihen zu tragen. Nur durch gegenseitiges Vertrauen werden wir unser Ziel erreichen. Die Wahlen stehen vor der Tür. Soll alles über den Haufen geworfen werden, was die Revolution gebracht hat? Nein, und abermals nein! Wir wollen festhalten und aufbauen, uns zum Ruh, dem Gegner zum Trub.

Bonn. Am 11. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung im „Höhnig-Restaurant“ statt. Zum Punkt Jahresbericht warf der Vorsitzende einen Rückblick auf das verfloßene Jahr. Den Achtstundentag und die damit bedingte Lohnumrechnung mußten wir uns durch einen dreitägigen Streik erkämpfen. Alle andern Forderungen gelangten auf dem Verhandlungsweg zum Abschluß. Der Stundenlohn wurde im Laufe des Jahres von $\text{M } 1,26$ auf $\text{M } 3,30$ gebracht. Es hat sich auch in diesem Jahre wieder gezeigt, daß nur eine starke Organisation und die Einigkeit aller Kameraden in der Lage ist, unsere wirtschaftlichen Interessen wirksam zu vertreten. Alle von der Zimmermeisterinnung beschäftigten Lehrlinge wurden, trotz Protest der Meister, der Organisation zugeführt. In 2 Sitzungen des Gefellenausschusses mit der Innung wurde für die Lehrlinge eine der Zeit entsprechende Entlohnung erzielt. Der Kassenbericht konnte nicht gegeben werden, da der Bezirk Remagen noch nicht abgerechnet hatte. In Punkt 2 wurde die Neuwahl des Vorstandes vollzogen. Im 8. Punkt der Tagesordnung, der sich mit der Teuerungszulage befaßte, konnte festgestellt werden, daß die vom 11. Dezember 1919 an zu zahlenden 10 pSt. überall zur Auszahlung gelangten. Betreffs unserer am 30. Dezember 1919 an die Innung gestellte Forderung auf eine weitere der Geldeinstufung entsprechende Lohnerhöhung teilte Kamerad Müller mit, daß sich die Innung in einer schriftlichen Begründung vom 2. Januar 1920 zu Verhandlungen bereit erklärt hat. Die im Siegerkreis wohnenden Kameraden werden hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß im Siegerkreis eine Bezirksabteilung besteht. Vertrauensmann ist der Kamerad Schiffbauer in Walscheid („Auelerhof“). Versammlungen finden regelmäßig jeden ersten Mittwoch im Monat in Loisdorf, „Hotel Kronprinz“, direkt nach Feierabend statt.

Borna b. Leipzig. Am 11. Januar fand unsere außerordentliche Jahreshauptversammlung statt. Der Vorsitzende bedauerte den geringen Besuch, von 104 Mitgliedern waren nur 20 erschienen. Dabei sei die Tagesordnung eine äußerst wichtige, die jeden Kameraden angehe, zumal Lohnforderungen behandelt werden sollten. Er warf sodann einen Rückblick auf das vergangene Jahr, das ein recht arbeitsreiches gewesen. Die Zahlstelle zählte zu Anfang des Jahres 19, am 1. August 104 Mitglieder. In der Versammlung am 17. Juli wurde von den Kameraden in Regis der Wunsch laut, für ihren Bezirk, der fast 40 Mitglieder zähle, und weil für sie der Weg zum Besuch der Versammlungen zu weit sei, eine selbständige Zahlstelle zu errichten. Dem Antrage wurde zugestimmt, am 1. August gingen 40 Mitglieder zu Regis über. Trotzdem zählt unsere Zahlstelle heute noch 104 Mitglieder. Im vergangenen Jahre fanden 2 Lohnbewegungen statt, eine machte einen sechstägigen Streik erforderlich. Durch beide Bewegungen wurde der Lohn von $\text{M } 1,88$ auf $\text{M } 2,50$ erhöht. Ist somit der Lohn im ersten Revolutionsjahr beträchtlich gestiegen, so ist das gegenüber der Steigerung für die Lebenshaltungskosten doch lange nicht genug. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht wurde genehmigt. Hierauf nahm die Versammlung Stellung zur Lohn- und Tariffrage. Der Vorsitzende erläuterte einen Entwurf, der gemeinsam mit den Bauarbeitern ausgearbeitet ist. Er sieht einen Lohn von $\text{M } 3,10$ vor. Die Bestimmungen des Entwurfs wurden im allgemeinen gutgeheißen. Der Entwurf soll den Unternehmern sofort zugehen. In die Lohnkommission wurden 3 Mann gewählt. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß künftig die Delegierten aus dem Vorstand zu wählen seien. Für uns komme das, so führte der Berichterstatter aus, nicht in Betracht, da die Sitzungen von unsern Delegierten stets pünktlich besucht worden seien. Für die österreichischen Arbeitsgenossen wurden $\text{M } 60$ aus der Lokalkasse bewilligt. Der Vorsitzende berührte sodann noch die Lehrlingsfrage und erwähnte alle Kameraden, sich ihr mehr zu widmen, damit auch die Lehrlingsverhältnisse gründlich geändert würden. Nach Erledigung der Wahlen wurde noch erwähnt, daß die Regelung der Werkzeugfrage in dem neuen Tarif mit erledigt werden müsse. Mit der Mahnung, künftig für besseren Versammlungsbesuch zu sorgen, schloß der Vorsitzende die Tagung.

Eisenach. Am 23. Januar fand unsere regelmäßige Mitglieder- und Vorstanderversammlung statt, die gut besucht war. Der Vorsitzende teilte mit, daß auf Grund des Ausnahmezustandes die Versammlung polizeilich sowie beim Garnisonkommando angemeldet und genehmigt worden sei, es liege also kein Grund vor, sich in der Diskussion zurückzuhalten. Ferner teilte er mit, daß die Bezirksleitung mit dem Bezirksarbeitgeberverband verhandelt habe, um vor Beginn der zentralen Verhandlungen über weitere Teuerungszulagen einen Ausgleich für die ge-

stiegenen Kartoffel- und Brotpreise herbeizuführen. Das Verhandlungsergebnis sei folgendes: Die Arbeitgeber zahlen vom 9. Januar an 15 pSt mehr pro Stunde; diese 15 pSt werden bei den kommenden zentralen Regelungen mit angerechnet. Des weiteren teilte der Vorsitzende mit, daß der Bezirksleiter sich verpflichtet habe, zu der heutigen Versammlung zu erscheinen, leider sei er aber noch nicht da. Ueber die Zulage von 15 pSt und über die Anrechnung bei den zentralen Verhandlungen entspann sich eine lebhafte Aussprache. Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß es unter den bestehenden und weiter steigenden Teuerungen nicht möglich sei, mit den gezahlten Löhnen auszukommen. Aus der Mittels der Versammlung wurde beantragt: „In Anbetracht, daß die Lebensmittel und alle Wirtschaftartikel fortgesetzt im Preise steigen, stehen die gewährten Teuerungszulagen in keinem Verhältnis zu diesen Preissteigerungen. Die Lohnkommission wird beauftragt, dem Arbeitgeberverband eine Lohnforderung von 50 pSt. zu stellen.“ Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß am 11. Februar im Jahre 1888, durch den Kameraden Bartels, Magdeburg, unsere Zahlstelle gegründet worden sei. Es habe jedes Jahr ein Stiftungsfest stattgefunden, mit Ausnahme der Kriegsjahre. Das Stiftungsfest im vorigen Jahre wies einen kleinen Uberschuß auf. Durch die Verhältnisse in diesem Jahre hält es der Vorsitzende für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß durch die teureren Verhältnisse die Aufwendungen sich bedeutend erhöhen. Weiter kommen die schwierigen Bahnverhältnisse in Betracht, welche die ländlichen Kameraden hindern, sich an Feste zu beteiligen. Aus diesem Grunde sei die Möglichkeit vorhanden, daß ein Defizit nicht ausbleiben werde; es sei daher zu prüfen, ob Abstand davon genommen werden soll. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kameraden, die sich alle für ein Stiftungsfest aussprachen. Beschlossen wurde, Plaklisten anzufertigen, worauf sich jeder Kamerad schriftlich verpflichtet, das Eintrittsgeld sofort zu entrichten. Die Vorbereitung soll in einer Vorstandssitzung demnächst beraten werden. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß bis zum nächsten Jahrtag eine Bürgerkontrolle von den Plakdelegierten zu erfolgen habe und dem Vorsitzenden von dem Ergebnis Bericht zu erstatten sei. Kamerad Stardt gab bekannt, daß die Plakdelegierten in vielen Fällen ihre Pflicht nicht tun, so zum Beispiel bei Einstellungen und Entlassungen von Kameraden. Des weiteren wünscht er, daß in einer der nächsten Versammlungen über den Inhalt des Reichs- und Ortsstarfs gesprochen werden soll, damit die Kameraden mehr orientiert werden. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß das wichtigste aus dem Reichstarif auf dem Merkblatt für Bauhandwerker abgedruckt worden sei, das jeder Plakdelegierte in Händen habe. Es liege aber in den meisten Fällen an der Interesslosigkeit der Kameraden, man müsse sich deshalb mehr mit dieser Frage beschäftigen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kameraden auf, sich im allgemeinen mit der Verbandspolitik mehr als je zu befassen; denn es genüge nicht, daß sich der Vorstand allein dafür interessiert, sondern sämtliche Kameraden müßten mitarbeiten, dann wird der Sieg nicht ausbleiben.

Göppingen. Unsere Generalversammlung fand am 9. Januar im „Stuttgarter Hof“ statt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht war zu entnehmen, daß das verfloßene Jahr arbeitsreicher gewesen sei, als alle Vorjahre. Das habe seinen Grund in den fortgesetzten Veränderungen der Lohnverhältnisse, die infolge der Teuerung notwendig wurden. Der Stundenlohn betrug ab 1. April $\text{M } 1,90$, ab 15. August $\text{M } 2,25$. In diesem Jahre könnten wir das fünfundschwanzigjährige Bestehen unserer Zahlstelle feiern. Das älteste Mitglied der Zahlstelle ist Kamerad Frank, der ihrer Gründung beizuhöhen. Ein Kamerad ist uns durch den Tod entrissen worden, nämlich der Kamerad Ruding; er wurde ein Opfer seines Berufes. Der Stand der Kasse war ein erfreulicher. Der Kassierer wurde entlastet. Der Neuwahl des Vorstandes und der Kartelldelegierten folgte die Festsetzung der Entschädigung. Sie wurde für den Vorsitzenden auf $\text{M } 10$, für den Kassierer auf $\text{M } 25$ und den Schriftführer auf $\text{M } 17$ pro Quartal festgesetzt. Der alte Kassierer erhält für seine Arbeit $\text{M } 20$ nachbezahlt. Kamerad Frank besprach die Lohnverhältnisse. Die Beschaffung von Kleidung sei heute unmöglich, so daß wir in nächster Zeit in Lumpen gehüllt gehen müßten. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach der neugewählte Vorstand eine Statistik führen soll, die jederzeit dem Zentralvorstand eingeschickt werden kann, damit er in unsere Verhältnisse einen klaren Einblick gewinne. Es entspann sich eine rege Debatte über die allgemeine wirtschaftliche Lage, besonders auch über die letzte zehnprozentige Teuerungszulage, die als völlig unzureichend bezeichnet wurde. Ein Antrag, eine Teuerungszulage von 150 pSt. zu fordern, wurde angenommen.

Sameln. Unsere Generalversammlung am 13. Januar hatte zuerst die Vorstandswahl zu erledigen. Sie machte einige Schwierigkeiten, da der erste Vorsitzende sowie der erste Kassierer amtsüdi waren und ihre Posten niederlegen wollten. Der Vorsitzende wollte besonders deswegen nicht wieder kandidieren, weil die Mitglieder im allgemeinen sehr geringes Interesse für die Organisation zeigten. Er erklärte sich zur Wiederannahme nur unter der Bedingung bereit, daß hierin in Zukunft ein Wandel eintrete. Nachdem diese beiden Posten besetzt waren, wurden die Stellvertreter gewählt und die Entschädigungen für alle Funktionäre festgesetzt. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß das Kartell für alle Arbeiter von den Unternehmern eine Lohnerhöhung fordert, und zwar für Verheiratete $\text{M } 25$ und für Ledige $\text{M } 15$ pro Woche. Für die Arbeiterschaft Deutsch-Oesterreichs wurden in nächster Zeit Sammellisten ausgegeben. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde noch die Bureauzeit der Krankenkasse besprochen und gerügt, daß erkrankte Personen von auswärtig morgens vor der Sprechstunde des Arztes einen Krankenschein nicht erhalten können und sich infolgedessen den ganzen Tag in der Stadt aufhalten müßten. Der Vorsitzende versprach, die Angelegenheit bei der Ortskasse zur Sprache zu bringen. Weiter wurde die Polierfrage erörtert und ausgeprochen, daß Mitglieder des Polierbundes, die einen Polierposten

nicht besäßen, unserm Verbände beitreten müssen. Das Verhalten der Kameraden auf dem Platz Müller wurde getadelt, weil sie die vereinbarte Arbeitszeit nicht innehalteten. Das trifft ebenfalls auf zwei dort arbeitende organisierte Tischler zu. Die Versammlung war gut besucht. Wir hoffen, daß auch die kommenden Versammlungen nicht wieder abflauen, damit wir in Sameln vorwärts kommen.

Samml. W. Am 11. Januar tagte unsere Generalversammlung. Zunächst wurden die Beiträge geregelt. Der Kassierer konnte hierzu mitteilen, daß die Beiträge für 1919 voll entrichtet und Restposten nicht vorhanden seien. Kamerad Rudolf berichtete über die Tätigkeit der Zahlstelle im verfloßenen Jahre. An Versammlungen haben stattgefunden 12 regelmäßige und 8 außerordentliche, ferner 12 Kartellsitzungen und 8 außerordentliche Sitzungen. Die Mitgliederzahl hat sich erhöht von 87 im ersten auf 68 im vierten Quartal. An Beitragsmarken sind verkauft 2868 Stück. Für Agitation wurden ausgegeben $\text{M } 800$, für Streikunterstützung $\text{M } 1000$. Gestreift wurde in der Drahtindustrie 3 Wochen und bei Schöffer 2 Tage. Die Zahlstelle feierte 2 Feste, die beide einen guten Uberschuß abwarfen. Den Uberschuß von einem Vergnügen bekam der Konsum- und Sparverein Dortmund-Samm, während der Uberschuß vom zweiten Vergnügen zu einer Kinderbescherung verwendet wurde. Unsere Zahlstelle konnte mit Hilfe von Gelsenkirchen und Bochum einen Delegierten zur 21. Generalversammlung entsenden. Im ganzen war das abgelaufene Jahr ein recht arbeitsreiches. Unsere Zahlstelle mußte ganz neu aufgebaut werden. Da während des Krieges die Kameraden fast alle eingezogen waren, mußten die Frauen die Leitung der Geschäfte in die Hand nehmen; ihnen sei hiermit unser Dank ausgesprochen. Den auf dem Felde der Ehre gefallenen Kameraden wird ein ehrendes Andenken bewahrt. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, daß jetzt alle Kameraden bei der Agitation mithelfen möchten, damit alle Zimmerer dem Verbände zugeführt würden. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen. Die Kameraden versprachen, auch im neuen Jahre kräftig mit Hand anzulegen, um die Zahlstelle vorwärts zu bringen. Anschließend wurde die Abrechnung verlesen und von der Versammlung genehmigt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Hierauf wurde noch ein Schreiben aus Duisburg verlesen und gutgeheißen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, es sofort zu beantworten. Mit der Mahnung zu pünktlichem Besuch wurde die Versammlung geschlossen.

Selbbrunn. Am 11. Januar fand im Lokale von Roth unsere Generalversammlung statt. Sie ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des Kameraden Hermann Gauß, der Weihnachen ein Opfer des Gdnwassers geworden ist. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß 9 Mitglieder- und 1 außerordentliche Versammlung stattgefunden haben. Viel Arbeit haben die Verhandlungen über Teuerungszulagen erfordert. Der Kassierer gab die Quartals- und Jahresabrechnung bekannt. Nach ihrer Bestätigung durch die Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Die Verwaltungskosten wurden wie folgt festgesetzt: Für den Vorsitzenden pro Quartal $\text{M } 30$, den Kassierer $\text{M } 40$, den Schriftführer $\text{M } 15$; für die Revisoren je $\text{M } 6$ und für eine Ausschussung pro Mann $\text{M } 8$. Hierauf wurden die Wahlen vollzogen. Der Vorsitzende berichtete sodann über die Verhandlungen wegen einer weiteren Teuerungszulage. Die Unternehmer haben, wie daraus zu entnehmen ist, uns eine Zulage von 40 pSt angeboten; diese ist jedoch, weil viel zu gering, abgelehnt und eine Forderung auf 200 pSt. gestellt worden. Nach lebhafter Diskussion gelangte die bereits in Nr. 2 des „Zimmerer“ in dem Bericht aus Stuttgart veröffentlichte Resolution zur Annahme. Unter „Verschiedenes“ wurde bekanntgegeben, daß wir einen Kameraden für den Posten eines Baukontrolleurs vorzuschlagen hätten. Gewählt wurde Kamerad Schneck. Der Vorsitzende besprach dann noch den Unterschied zwischen Arbeits- und Erwerbslosigkeit. Beschlossen wurde, daß, falls neue Arbeitsbeschränkungen vorkommen sollten, die Kameraden sich arbeitslos zu melden haben.

Solzhausen-Burmort. Unsere Mitglieder- und Vorstanderversammlung am 14. Januar nahm im ersten Punkt ihrer Tagesordnung den Kassenbericht entgegen. Der Kassierer wurde entlastet. Nach einer kurzen Aussprache des Vorsitzenden, worin die Kameraden aufgefordert wurden, auf dem Posten zu sein, wurde zur Vorstandswahl geschritten und der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Anschließend daran erfolgte die Wahl der Revisoren, der Rapporteurs und der Kartelldelegierten. Der Kartellbericht fand den Beifall der Versammlung. Sodann nahm die Versammlung Stellung zur Lohnfrage. Der Vorsitzende führte aus, daß mit Rücksicht auf die noch fortwährend steigenden Lebensmittelpreise eine Lohnerhöhung dringend erforderlich sei. Es wurden Anträge gestellt, einen Stundenlohn von $\text{M } 3,50$ zu fordern, jedoch wurde beschlossen, erst mit den Bauarbeitern in Verbindung zu treten. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission von 3 Mann gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde unter anderem beschlossen, für unentschuldigtes Fehlen in den Versammlungen eine Strafe von $\text{M } 1$ festzusetzen. Zu der Versammlung waren auch sämtliche Lehrlinge eingeladen; soweit sie erschienen waren, ließen sie sich in den Verband aufnehmen. Die Entschädigung des Kassierers und der Rapporteurs wurde entsprechend erhöht. Nach einem Appell des Vorsitzenden, fest zusammen zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen. Anwesend waren 18 Kameraden und 8 Lehrlinge.

Tauer. In einer Mitglieder- und Vorstanderversammlung am 14. Januar wurde die Abrechnung erstattet und genehmigt. Der Vorsitzende berichtete anschließend über die Lohnverhandlungen und Kamerad Drescher über die Sitzung des Gewerkschaftskartells. Letzterer teilte noch mit, daß demnächst eine Sitzung der Arbeitgeber und Gewerkschaftsvertreter stattfinden werde, um zu einer allgemeinen Teuerungszulage Stellung zu nehmen. Im nächsten Punkt der Tagesordnung besprach der Vorsitzende die Bestimmungen über die Kranken- und Sterbeunterstützung in der Zahlstelle, um hierauf den Jahresbericht zu erstatten. Es haben 10 Mitglieder- und 2 gemeinschaftliche Versammlungen mit den Bauarbeitern. Lohnverhandlungen sind geführt worden im Mai und Dezember. Der bis-

herige Vorstand wurde wiedergewählt. Die regelmäßigen Versammlungen sollen den zweiten Dienstag nach dem Ersten im Monat stattfinden. Zum Schluss wurde noch die Entschädigung der Vorstandsmitglieder neugeregelt und die Platzdelegierten gewählt.

Johannisburg i. Ostr. In der Versammlung am 18. Januar wurde über die Lohnzulage Aufklärung geschaffen. Wo sie nicht durchgeführt wird, soll vorgegangen werden. In den Kartellauschuss wurde auch ein Mitglied unserer Zahlstelle delegiert. Unter „Verschiedenes“ wurde eine Buße festgesetzt für Kameraden, die ihre Mitgliedschaft verfallen lassen. Die Buße beträgt erstmalig M 10; sie erhöht sich im Wiederholungsfall jedesmal um M 10. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in allernächster Zeit der Gauleiter zu einer Versammlung erscheinen, nötigenfalls eine außerordentliche Versammlung einberufen werden möge.

Koswig i. Anhalt. Die erste Monatsversammlung unserer Zahlstelle, am 18. Januar, war gut besucht. Der Kassierer erstattete eingehend Bericht über Einnahme und Ausgabe im 4. Quartal 1919; die Revisoren bestätigten die Richtigkeit und die Versammlung erteilte dem Kassierer Entlastung. Der Jahresfaßungsbericht war ebenfalls klar und verständlich. Die Beitragsmarke beträgt 80 $\frac{1}{2}$ pro Woche. Die Vorstandswahl vollzog sich glatt, auch die Wahl der Revisoren, Kartelldelegierten und Lohnkommissionsmitglieder. Die Versammlung brückte dem Vorstand sowie der Lohnkommission ihr Vertrauen aus. Unter „Verschiedenes“ wurde die Lohnfrage besprochen; sie ist ein ständiger Tagesordnungspunkt in jeder Versammlung und muß scharf im Auge behalten werden. Der Lohn beträgt nach der letzten zehnprozentigen Zulage M 250 pro Stunde. Es wurde beschlossen, ein gemeinschaftliches Vergnügen mit den Bauarbeitern im Januar abzuhalten. Der Vorsitzende erwähnte am Schlusse die Versammlung, dem Verband die Treue zu bewahren.

(Jahresbericht.) Die Einnahme der Zentralkasse betrug M 2422,85, wovon als Entschädigung für verbranntes Werkzeug M 490 am Orte verblieben. Alle Gelber wurden der Hauptkasse zugeführt. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse betrug mit Bestand M 1726,10, die Ausgabe M 678,90, der Bestand M 1147,20. Am Jahresanfang hatte die Zahlstelle 87 Mitglieder; beigetreten sind 90, zugereist 89, Summa 96 Mitglieder. Davon sind abgereist 11, gestorben 1, ausgestreut 2, Summa 15 Mitglieder. Bestand am Schlusse des Jahres 81 Mitglieder. Die Hälfte der Kameraden ist hier zugezogen, da sich hier am Orte eine neue Firma, die sich mit Siedlungs- und Paradenbau beschäftigt, niedergelassen hat. An Versammlungen fanden 12 Monatsversammlungen und 1 außerordentliche statt. Lohnverhandlungen wurden im April und Dezember geführt. Der Vorstand nahm ferner an der Sitzung zur Regelung des Urlaubsteils, der hier sämtlichen Kameraden gewährt wurde. Der Lohn wurde dank der Geselligkeit der Kameraden von M 1,44 auf M 2,50 die Stunde gebracht. Im allgemeinen wurde der Lohn glatt gezahlt; nur eine Firma mußte bei der letzten Zulage durch den Vorstand energisch daran erinnert werden, worauf auch sie dann zahlte. Der Versammlungsbesuch war im allgemeinen mäßig. Wenn eine Feuerungszulage gefordert wurde, waren natürlich alle Kameraden anwesend und gaben der Lohnkommission manchmal recht drastische Forderungen mit auf den Weg. Im ganzen kann die Zahlstelle mit der geleisteten Arbeit zufrieden sein. Drum frisch auf an den Ausbau unserer Zahlstelle im neuen Jahre!

Sandberg a. d. Warthe. Am 18. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken unseres durch Unglücksfall verstorbenen Kameraden Carl Berendt in üblicher Weise geehrt. Dann gab der Kassierer den Rassenbericht vom 4. Quartal 1919. Die Zentraleinnahme betrug M 1767,20; die Lokaleinnahme nebst Bestand vom 3. Quartal M 1104,89, Ausgabe M 831,75, bleibt ein Lokalkassenbestand von M 862,64. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Der Vorsitzende gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr und erwähnte die letzte Sitzung mit den Arbeitgebern. In dieser Sitzung, in der die Vertreter aller Betriebe (Arbeitgeber und -nehmer) der hiesigen Stadt zugegen waren, sollte über die Feuerungszulage für Brot und Kartoffeln eine Einigung erzielt werden. Das Angebot, M 1,25 pro Kopf und Woche, lehnten die Arbeitgeber ab, weil viel zu gering, ab und ist bis jetzt noch nicht abzusehen, wie die Sache erledigt werden soll. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung. Sämtliche Kameraden traten nun an, um unsern alten, bewährten Kameraden, dem Mitbegründer unserer Zahlstelle, Carl Berendt, das letzte Geleit zum Friedhof zu geben.

(Jahresbericht.) Zu Anfang des Jahres waren ziemlich alle Kameraden aus dem Felde heimgekehrt. Von den 70 Kameraden, die in den vier Kriegsjahren nach und nach einrückten, kehrten 15 nicht wieder, sie haben ihr Leben lassen müssen; einer davon gilt als vermisst. 4 Kameraden können als Schwerwundete den Zimmererberuf nicht mehr ausüben. Das Gewerkschaftsleben in der Zahlstelle war zunächst äußerst flau, besonders der Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig, bis die erste Lohnbewegung einsetzte. Der Stundenlohn betrug nach erfolgter Umrechnung des Tagelohnes von 10 auf 8 Stunden M 1,44. Im April kam eine Vereinbarung zustande; der Lohn stieg auf M 1,90 beziehungsweise ab 1. Oktober auf M 1,95. Da jedoch die Feuerung immer größer wurde, traten wir anfangs September gemeinsam mit den Bauarbeitern an die Unternehmer heran, um eine weitere Lohnerhöhung zu fordern. Durch Vermittlung des hiesigen Schlichtungsausschusses wurde eine Erhöhung von 9 pZt. gewährt. Vom 26. September ab betrug der Stundenlohn M 2,08. Aber schon im November mußten wir wieder eine Lohnerhöhung fordern. Wiederum setzte der Schlichtungsausschuss eine Erhöhung von 10 pZt. fest; der Lohn betrug somit vom 11. Dezember ab M 2,29 pro Stunde. Streiks fanden nicht statt, obwohl es bei der zweiten Lohnbewegung nahe daran war. In einigen Fabrikbetrieben wurden jedoch Kameraden in Streiks hineingezogen. Zu Anfang des Jahres

war die Arbeitsgelegenheit nicht besonders gut, einige Kameraden waren arbeitslos. Sobald es aber die Witterung erlaubte, baute die Stadt Arbeiterwohnungen; alle Kameraden fanden nun Beschäftigung. Von privater Seite wurde wenig gebaut; nur Reparaturen an Wohnungen oder Umbauten an Fabriken wurden vorgenommen. Auch ein größerer Kinobau, meist aus Holz, wurde im Herbst in Angriff genommen. Da die Wohnungsnot immer größer wurde, ging die Kommune daran, alle größeren Wohnungen von 6 oder mehr Zimmern zu teilen. Dadurch fand sich reichlich Arbeit, welche bis Jahreschluss andauerte. Versammlungen fanden 10 statt, davon 3 gemeinsam mit den Bauarbeitern. Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des Jahres 86 und am Jahreschluss 108. Lehrlinge hatten sich 4 angemeldet. Die Jahreserinnahme betrug für die Zentralkasse M 4359,85, für die Lokalkasse M 1766,94; die Ausgabe M 904,80.

Langensl. S. Am 18. Januar hielt unsere Zahlstelle in Schosdorf im „Gasthof zum Frießen“ eine Mitgliederversammlung ab. Kassierer Förster verlas die Abrechnung vom 4. Quartal. Da alles für richtig befunden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden die alten Kameraden wiedergewählt. Zu unserm am 7. Februar im „Linden-Kretscham“ stattfindenden Vergnügen laden wir alle Kameraden herzlich ein. Mitglieder haben freien Zutritt. Für gute Unterhaltung ist gesorgt. Unter „Verschiedenes“ erwähnte Kamerad Förster die Kameraden, darauf hinzuwirken, daß alle Lehrlinge in den Verband aufgenommen werden. Er wünschte, daß wir im kommenden Jahre weiter so fortschreiten, dazu müßten aber alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit auch die letzten Kameraden unserm Verbandszugeführt werden. Kamerad Artl beantragte, daß Kameraden, die zweimal hintereinander der Versammlung unentschuldig fernbleiben, M 1 Strafe zu zahlen haben. Dieser Beschluß wird auf jeden Fall durchgeführt. Zweiter Antrag: Im Monat März soll in Greiffenberg eine Versammlung abgehalten werden, wozu Gauleiter Köpfer eingeladen werden soll. Beide Anträge fanden einstimmige Annahme. Kamerad Glöge verlas den Rassenbericht; es ist eine Beitragserhöhung von 15 auf 25 $\frac{1}{2}$ pro Mitglied und Quartal endgültig festgesetzt worden. Kamerad Förster gab noch bekannt, daß die Arbeitslosenmeldung täglich von 3 bis 4 Uhr in W.-Langensl., Nr. 44, stattfindet.

Lützen. Am 17. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Vorsitzende den in englischer Gefangenschaft verstorbenen Kameraden Max Deubel, der sich um unsere Zahlstelle verdient gemacht hat, indem er mehrere Jahre den Vorstz führte. Die Kameraden erhoben sich zur Ehre des Toten von ihren Plätzen. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung bekannt. Da niemand etwas einzuwenden hatte, wurde ihm Entlastung erteilt. Sodann fand die Vorstandswahl statt. Im Punkt „Lohnbewegung“ mußten die in Lützen beschäftigten Kameraden wieder von neuem angezogen werden, nicht unter dem Tarif zu arbeiten; sie stellen Forderungen auf neue Feuerungszulagen, in Wirklichkeit haben sie die alten noch nicht erreicht. Am traurigsten zeigen sich die Kameraden vom Bauhandwerkerplatz; sie schimpfen, daß der jetzige Lohn unzureichend ist, aber in unserer Versammlung haben sie sich seit ihrem Eintritt in den Zentralverband 1917 nicht ein einziges Mal sehen lassen. Kamerad Ringler wurde in seiner Abwesenheit mit in die Lohnkommission gewählt, damit ein Kamerad vom Bauhandwerkerplatz mit an den Verhandlungen teilnehmen solle, und weil ihm der Lohn zu niedrig ist; er hat es fertig gebracht, die Lohnforderung nicht zu unterschreiben und das Vertrauen, in der Lohnkommission mitzuwirken, abgelehnt, damit sein Arbeitgeber nicht erfährt, daß er ein Unzufriedener ist. Im 4. Punkt wurde ein Antrag des Kameraden Köbberich, für jedes Kind der am Leunawerke streik beteiligten Kameraden 50 $\frac{1}{2}$ pro Tag aus der Lokalkasse zu bewilligen, einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, einen wöchentlichen Beitrag von 10 $\frac{1}{2}$ an die Lokalkasse abzuführen, um sie vor Zusammenbruch zu bewahren, wurde nach längerer Debatte doch einstimmig angenommen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, einem seit April vorigen Jahres erkrankten Kameraden M 50 aus der Lokalkasse zu bewilligen. Ein Beschluß der Leipziger Zahlstelle, daß sämtliche in Leipzig und Leuna beschäftigten Kameraden, die Leipziger Lohn erhalten, einen täglichen Beitrag von M 2 an die Lokalkasse abzuführen haben, wurde umgekehrt, da er laut Statut zu unrecht beschlossen ist. Hierzu wurde beschlossen, daß diejenigen Kameraden, welche unserer Lokalkasse angehören, einen Beitrag von M 3 an die Lokalkasse abzuführen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, die Versammlungen auf jeden 2. Sonnabend im Monat zu verlegen, da dieser Sonnabend nur noch frei ist, an dem sich sämtliche Kameraden beteiligen können. Mit der Aufforderung an die Kameraden, fest zu unserm Zentralverband zu halten und sich nicht von den Zersplitterern beeinflussen zu lassen, da uns diese nur an unsern wirtschaftlichen Kämpfen hindern, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Marggrabowa. Am 18. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Kamerad Nicolai aus Rastenburg hielt einen Vortrag. Er wies darauf hin, daß nach Ausbruch der Revolution die sozialdemokratische Partei einen ungeheuren Zuwachs an neuen Mitgliedern erhielt; die Gewerkschaften schob man ganz zur Seite, in der Annahme, diese seien gar nicht mehr zu gebrauchen. Auch deren langjährige Führer wurden als minderwertig betrachtet. In verschiedenen Orten sogar aus ihrer Gewerkschaftstätigkeit herausgedrängt. Als aber die Partei sich entzweite und sich gegenseitig zerfleischte, dagegen die Gewerkschaften im stillen immer weiter für den Aufbau ihrer Berufsorganisationen nach Kräften arbeiteten und vorwärts marschierten, nahm ihre Mitgliederzahl ungeheuer zu. Nun sind die Gewerkschaften wieder in den Vordergrund getreten. Die Verbesserungen der beruflich-wirtschaftlichen Verhältnisse ist nur den gewerkschaftlichen Organisationen zu danken. Daher ist es dringend notwendig, auch für die Zukunft an der Fahne der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung festzuhalten und jeden Versuch, diese zu zerrütten oder Uneinigkeit in dieselbe hineinzubringen, ganz entschie-

den zurückzuweisen. Redner schilderte dann die Tätigkeit und Erfolge unseres Berufsverbandes vor dem Kriege und während des langen Krieges und auch im ersten Revolutionsjahre. Er wies zahlenmäßig den Aufschwung an Mitgliedern und Zahlstellen nach. Dies dürfe uns aber nicht verführen, jetzt schon zu ruhen. Jeder Zimmerer ist vielmehr verpflichtet, immer weiter für den Aufbau unseres Zentralverbandes zu arbeiten. Dem Vortragenden wurde alleseitig Beifall gesendet. In der Diskussion erklärten sich alle anwesenden Kameraden bereit, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte im Zimmerberuf Tätige unserem Verbandszugeführt ist. Nicolai gab dann Aufklärung über die neu eingeführte Erwerbslosen- und Krankenunterstützung und forderte die Kameraden auf, auch die Lehrlinge in unsern Verband aufzunehmen. Diesem wurde zugestimmt. Ein zugereister Zimmerer ließ sich erneuert in den Verband aufnehmen. Nach weiterer gegenseitiger Aussprache wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Meuselwitz. Am 11. Januar tagte unsere Generalversammlung. Nachdem der Kassierer die Abrechnung verlesen hatte und der Vorsitzende nähere Erläuterungen gegeben hatte, mußte festgestellt werden, daß kein erfreuliches Zusammenarbeiten zwischen Kassierer und Kolporteurs vorhanden war. Ein Teil der Kolporteurs rechnet zu spät ab, ein anderer Teil kommt gar nicht zur Abrechnung, dadurch werden die Geschäfte des Kassierers furchtbar erschwert. Daraufhin wurde ein Kolporteur seines Amtes enthoben. Dann wurde die Wahl des Gesamtverbandes vorgenommen. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Verhandlungen über Feuerungszulagen. Trotzdem die Arbeitgeber in den Verhandlungen selbst betont haben, daß die Lebensmittel in den Monaten September, Oktober und November um rund 42 pZt. gestiegen seien und auch 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde Zuschlag gewährt, fiel der Schiedspruch doch auf 10 pZt. aus, was herausfordernd wirkte. Im weiteren teilte der Vorsitzende mit, daß am 18. Dezember eine gemeinschaftliche Konferenz der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse des Bergreviers sowie sämtliche Vertrauensleute der Gewerkschaften und der Industrie sich mit der Frage einer Wirtschaftsbeihilfe beschäftigte. Nach längerer Debatte sei folgender Beschluß zur Annahme gelangt: „Die Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe durchzuführen und sofort bei sämtlichen Unternehmern als Forderung einzutreiben, welche bis 15. Januar in Verhandlung erledigt sein solle.“ Auch bei unsern Unternehmern im Baugewerbe ist diese Forderung gestellt. Nach längerer Debatte stimmten alle anwesenden Kameraden für die Forderung und erklärten, bei eventueller Ablehnung sofort den Unternehmern eine neue Lohnforderung zu unterbreiten. Der Vorsitzende kritisierte das lahme Verhalten der Unternehmer im Bezahlen der Lohnbuße bei Fortbildungsschülern. Sollte bis zur Aufstellung des neuen Tarifs keine gesetzliche Bestimmung getroffen sein, so muß es Aufgabe der Zahlstelle werden, auch für die Lehrlinge mehr einzutreten. Der schwache Versammlungsbesuch wurde kritisiert, er müsse auch bei den Gruben-Zimmerern besser werden.

(Jahresbericht.) Den wirtschaftlichen Verhältnissen angemessen war die Bautätigkeit gut dadurch, daß unsere Zahlstelle im Braunkohlengebiet liegt. Durch Gründung eines Baubereins wurde eine Anzahl Wohnhäuser fertig gestellt. Arbeitslose waren nicht vorhanden. Auswärts wohnende Zimmerer haben hier in Arbeit gestanden, weil die hiesigen Kameraden in den Kohlengruben Arbeit fanden, wo die Lohnverhältnisse besser waren wie beim Unternehmer. Nachdem auf unsere Forderungen hin der Lohn mehrmals erhöht worden ist, beträgt er jetzt pro Stunde M 2,50. Durch die mehrmaligen Verhandlungen mit den Unternehmern sind selbstverständlich auch die Ausgaben der Lokalkasse hoch. Die Einnahme der Zentralkasse betrug M 3080. Die Einnahme der Lokalkasse stellte sich auf M 1060,44, die Ausgabe auf M 1046,52, der Ueberschuss beträgt M 13,92. Der Rassenbestand betrug am 1. Januar 1919 M 864,02, am 31. Dezember 1919 M 875,50, dazu ein Defizit bei der Hauptkasse von M 6,96. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1919 25. Eingetreten sind 49, zugereist 25, gefallen 3, abgereist 11, Mitgliederbestand am 31. Dezember 1919 85. Mitgliederversammlungen haben 8 stattgefunden, ferner 3 gemeinsame Zimmerer- und Bauarbeiterversammlungen, 1 Vorstandssitzung und 2 gemeinsame Vorstandssitzungen. Eine Mitgliederversammlung konnte wegen schlechten Besuchs nicht stattfinden. Wollen hoffen, daß sich dies nicht wiederholt. Nur durch regen Versammlungsbesuch können wir unsere Kampfkraft stärken. Ein Blick auf das vergangene Jahr sagt uns, daß wir wohl ein Stück vorwärts gekommen sind, aber wieder bleibt noch zu erledigen! Die Lebensmittelsteuer kennt keine Grenzen. An Schuhe, Kleidung sowie an Wirtschaftsartikeln ist gar nicht zu denken. Darum Augen auf, damit wir jeden Schlag, den die Arbeiterschaft erhalten soll, auch parieren können.

Mohrungen i. Ostr. Unsere Mitgliederversammlung am 18. Januar war von 85 Kameraden besucht. Leider war der Gauleiter Finsel nicht erschienen. Zunächst wurde festgesetzt, daß Mitglieder, die verfallen sind, beim Wiedereintritt M 30 Geldstrafe in die Lokalkasse zu zahlen haben, beim zweiten Male M 60 und beim dritten Male M 100. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde genehmigt. Einem an den Folgen des Krieges erkrankten Kameraden wurde eine Unterstützung von M 50 aus der Lokalkasse bewilligt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Zimmerer wurde die Versammlung geschlossen.

Naugard. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt. 23 Mitglieder waren erschienen. Der Schriftführer verlas das Protokoll von der vorigen Versammlung, welches anerkannt wurde. Der Kassierer berichtete über die Einnahmen und Ausgaben im vierten Quartal. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Kasse bestätigt hatten, erteilte der Vorsitzende dem Kassierer Entlastung. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Er führte aus, wie zweckmäßig die Organisation sei und was sie in dem letzten Jahre geleistet habe. Ferner schilderte er, wie die Unternehmer im geheimen arbeiten und forderte die Kameraden auf, sich noch fester zusammenzuschließen, um im kommenden Jahre gerüstet zu sein. Im verfloßenen Jahre wurden 12 regelmäßige und 1 außerordentliche Versammlung abgehalten. Zwei Feuerungszu-

Lagen wurden bewilligt, eine im August mit 12 pSt. und eine im November mit 10 pSt. Am Schlusse seiner Ausführungen erntete der Vorsitzende reichen Beifall. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ forderte der Vorsitzende die Kameraden auf, den Wahlvereinen sich anzuschließen, um bei den kommenden Wahlen gerüstet zu sein. Hierauf schloß er mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Zimmerer die gut besuchte Versammlung.

Reife. Am 22. Januar fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kamerad Schmidt aus Breslau sprach über die jetzige Lage. Die zehnprozentige Teuerungszulage reicht nicht aus bei der heutigen Teuerung. Viele Bedarfsartikel sind um das Zehnfache gestiegen. Die Herren Bauunternehmer lassen sich für ihr Material auch gut bezahlen. Die Bauarbeiter haben früher immer den besten Lohn gehabt, heute ist das nicht der Fall. Wir sind immer den Witterungsverhältnissen ausgeliefert. Ende März läuft der Tarif ab. Auch wurde über das Bezahlungsweisen gesprochen. Um besser bezahlt zu werden, müsse sich jeder organisieren, was zum Teil der Fall noch nicht ist. Dann wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Ferner wurde beschlossen, 20 für die Gewerkschaften in Wien zu bewilligen, worauf die gut besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Nürtingen. Am 10. Januar tagte unsere Generalversammlung, sie war von 26 Kameraden besucht. Die Kameraden von Bissighausen glänzten durch Abwesenheit. Der Vorsitzende, Kamerad Gaußmann, begrüßte die Mitglieder und gab den Tätigkeitsbericht bekannt. Es fanden 8 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen sowie 3 Ausschusssitzungen statt. Im Juni fanden erstmals Verhandlungen statt, da es die Nürtinger Unternehmer nicht für nötig gehalten hatten, zu den Verhandlungen im April, die vom Arbeitgeberbund einberufen waren, zu erscheinen. In diesen Verhandlungen wurde ein Stundenlohn von 2,175 erzielt. Ab 1. Oktober ist eine Teuerungszulage von 30 % pro Stunde eingetreten, so daß der Lohn danach auf 2,205 steht, gegenüber 2,10 im Vorjahre. Die ab 11. Dezember bewilligten 10 pSt. können nur als Vorstoß gelten und müssen wir mindestens eine 100prozentige Lohnerhöhung erfahren. Hierauf sprach der Vorsitzende über „Bauarbeiterschub“. Er erwähnte, daß jeder Kamerad darauf bedacht sein sollte, daß sämtliche Schutzvorrichtungen bei Erstellung von Neubauten und Gerüsten angebracht würden, nur so könne den Unfällen gesteuert werden. In nächster Zeit fanden Verhandlungen statt, es wurde angelehrt, festbesoldete Baukontrolleure anzustellen. Den Kartellbericht erstattete ebenfalls Kamerad Gaußmann. Unter „Neuwahlen“ wurden einstimmig die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt, mit Ausnahme der beiden Revisoren. Für Neuzugänge wurde ein Unterassessor neu gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde der Streit an der Arbeitsstelle Redartenzlingen besprochen und den Kameraden für ihr treues Zusammenhalten der Dank der Zahlstelle ausgesprochen. Nachdem der Vorsitzende für die nächste Versammlung einen Vortrag über Baugenossenschaften in Aussicht gestellt hatte, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Ortelsburg. Am 17. Januar fand unsere erste Mitgliederversammlung statt. Nach Kenntnisnahme des Rassenberichtes wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf wurden sämtliche Neuwahlen vorgenommen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zum Tarifvertrag, wurde vorgeschlagen, den Tarif um 150 pSt. und das Geschirrgeld von 2 pro Woche auf 10 zu erhöhen. Es folgte der Bericht der Kartelldelegierten. Der Plan, mit dem Gelde des Kartells einen Konsumverein zu gründen, mußte einstweilen aufgeschoben werden, weil es an passenden Geschäftsräumen fehlt. Das Geld soll aber zum Einkauf insbesondere von Hülsenfrüchten dienen, um sie zu billigeren Preisen an die arbeitende Bevölkerung zu verteilen. Unter „Verschiedenes“ fand ein reger Gedankenaustausch über die uns angehenden Tagesfragen statt. Nachdem der Vorsitzende, Kamerad Görtel, zum weiteren Zusammenhalten und regelmäßigem Teilnehmen an den Mitgliederversammlungen ermahnt hatte, brachte die Versammlung ein Hoch auf die Zahlstelle Ortelsburg aus.

Reichenstein i. Schlef. Am 20. Januar fand hier im Schützenhaus unsere Mitgliederversammlung statt. Schriftführer Fride verlas den Jahresbericht für das vergangene Jahr. Es wurden im ganzen 13 Versammlungen abgehalten, davon 2 in Camenz und 3 in Patschkau. Im letzten Quartal ist in Patschkau eine eigene Zahlstelle entstanden. Der Verlust der Patschkauer Kollegen wurde aber durch die Bemühungen des Vorstandes unserer Zahlstelle aufgewogen, der sich der Kameraden in der Herrschaft Camenz annahm. Diese erklärten sich in einer Versammlung bereit, sich zu organisieren und unsern Verband beizutreten. Dadurch ist die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle auf gleicher Höhe geblieben. Erstreckterweise ist jetzt ein Anwachsen der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die Holzschläger des Reichensteiner Stadtfortes haben sich bereit erklärt, sich unsern Verband anzuschließen, so daß ein Bestand von 105 aufzuweisen ist. Hierauf erstattete Kassierer Kretschmer den Rassenbericht. Die Zentralkassengelder wurden reiflos abgefordert. In der Lokalkasse verblieben 173,30. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Dann wurden verschiedene kleine Anfragen zur Erledigung gebracht. Vorsitzender Schubert rügte den schwachen Versammlungsbesuch und die Interesslosigkeit etlicher Kameraden, die hoch Verbandsmitglieder sind, um Ruhe zu haben vor den Kameraden, im Innern aber gegen den Verband sind und auch gegen ihn arbeiten. Kamerad Jomisch stellte den Antrag, solchen Brüdern gehörig auf den Zahn zu füttern und ein Strafsystem einzuführen. Diesem Antrag wurde einstimmig stattgegeben. Es erhält jeder Versammlungsbesucher in sein Mitgliedsbuch einen Stempel bei jeder Versammlung. Wer am Jahresabschluss nicht 5 Stempel aufweisen kann, zahlt 5 Strafe in die Lokalkasse, außer er entschuldigt sich vorher bei einem Vorstandsmitglied, daß er der Versammlung nicht beiwohnen kann. Nachdem noch verschiedene kleine Anfragen in Sachen Hartmann und Herrschaft Camenz ihre Erledigung gefunden hatten, ermahnte

Kamerad Schubert zum festen Zusammenhalten und regeren Versammlungsbesuch, wobei er nochmals die Hoffnung aussprach, daß die weiteren Verhandlungen in Berlin über die Teuerungszulage bald zu Ende geführt würden, damit unsere traurigen Lohnverhältnisse eine Aufbesserung erfahren. Es wurde jeder erste Dienstag im Monat als Versammlungstag festgelegt. Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 7. März, im Schützenhaus statt. Mit einem Hoch auf unsern Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Niesenburg. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Anwesend waren 17 Mitglieder und der Gauleiter. Er sprach über den Entwicklungsgang unserer Organisation. Da das Baugeschäft Windmüller seinen Leuten jetzt 2,20 Stundenlohn zahlt, so wurde der Beschluß der vorherigen Versammlung rückgängig gemacht. Darauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Der Schriftführer gab den Jahresbericht und der Kassierer den Rassenbericht bekannt. Der Gauleiter gab noch einigen Aufschluß über die Lehrlingsorganisation. Mit einem Hoch auf unsern Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

(Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war im verfloßenen Jahre keine günstige. Ein Teil unserer Kameraden war daher gezwungen, sich außerhalb Arbeit zu suchen oder etwas auf eigene Faust zu erwischen. Drei unserer Kameraden sind noch außerhalb. Die Zahlstelle hatte zu Anfang des Jahres 14 Mitglieder; 6 Mitglieder sind im Laufe des Jahres zugewandert. Neu angelehrt an unsere Zahlstelle sind auch die Rosenberger Kameraden mit 27 Mitgliedern, so daß die Zahlstelle insgesamt 47 Mitglieder hat. Im Laufe des Jahres wurden 12 Mitgliederversammlungen abgehalten. Ferner fand eine Vorstandssitzung statt, in der der Gauleiter zugegen war. Dem Weltkrieg sind 2 unserer Kameraden zum Opfer gefallen. Am 9. Juni war Kamerad Reck, Danzig, anwesend. Am 1. Mai hat sich die Zahlstelle an der Kaiserfeier der S. P. D. beteiligt. Die Zahlstelle verfügt über eine Bibliothek, die aber sehr wenig benutzt wird. In der an die Hauptkasse 1857,95, in Belegen 81,55 abgefordert. Der Lokalkassenbestand betrug zu Anfang des Jahres 231,25. Der augenblickliche Bestand der Lokalkasse ist 404,95. Zu einer Lohnverhandlung im April vorigen Jahres wurden 2 Niesenburger und 1 Rosenberger Kamerad nach Brandenburg entsandt. Die Verhandlungen verliefen aber ergebnislos. Ferner hat noch eine Lohnverhandlung in Rosenberg mit Erfolg und eine in Niesenburg ohne Erfolg stattgefunden.

Sagan. Eine außerordentliche Versammlung von Maurern, Zimmerern, Dachdeckern und Bauhilfsarbeitern fand am 24. Januar in Wottbes Lokal statt. Sie nahm den Bericht der Kommission über die am gleichen Tage geführten Lohnverhandlungen mit den Unternehmern entgegen. Aus dem Bericht ergab sich, daß die Unternehmer nach längeren Verhandlungen eine Lohnzulage von 50 % zugestanden hatten. Danach steigt der Lohn der Zimmerer auf 2,75, der Maurer und Dachdecker auf 2,70, der Bauhilfsarbeiter auf 2,60. Die Versammlung stimmte dem Verhandlungsergebnis zu. Unter „Verschiedenes“ wurden Mängel auf den einzelnen Plätzen zur Sprache gebracht. Als schwierig wurde die Regelung der Löhne für die Hilfsarbeiter bezeichnet, weil sie verschiedenen Verbänden angehören. Scharfe Kritik wurde an dem Unternehmer Kruke in Weidnitz geübt, der noch immer den richtigen Tariflohn nicht zahlt. Die Schuld daran tragen jedoch zum Teil die Kameraden selbst, weil sie der Organisation nur geringes Interesse entgegenbringen. Diese Kameraden müßten erst auf den richtigen Weg gebracht werden.

Schwenditz. In unserer Versammlung am 25. Januar wurde zuerst der Rassenbericht vom vierten Quartal erstattet und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Bericht vom Gewerkschaftsartikel erklärte der Vorsitzende, daß es sich hauptsächlich um die Einführung der Rätechule und wegen eines kommenden Generalstreiks gehandelt habe. Der Bericht der Lohnkommission gab Kamerad Schneider. Es wurden von uns 2,305 pro Stunde gefordert vom 16. Januar ab. Die Forderung wurde von den Unternehmern nach langen Auseinandersetzungen auch bewilligt. Nachdem noch Kamerad Brandt dazu gesprochen, wurden die Beschlüsse der Lohnkommission gutgeheißen und bekräftigt, daß sie auch fernerhin durch den Vorstand vertreten sein soll. Im 4. Punkt wurden die Kameraden Paul Brandt, Herr. Schneider und Herr. Schröder zu Delegierten der Rätechule gewählt. In „Berufsangelegenheiten“ stellte Kamerad Böhlau den Antrag, den streitenden Kameraden einen Lokalausschuß von 2 pro Tag zu bewilligen. Dieser Antrag wurde mit einem Zusatzantrag, daß nur die Kameraden die Unterstützung bekommen, die 3 Jahre der Zahlstelle angehören, angenommen. Der Antrag des Kameraden Schneider, daß sämtliche Mitglieder der Zahlstelle pro Woche 1 in die Lokalkasse zahlen, solange der Streit anhält, wurde abgelehnt.

Schmalldalen. Hier wurde am 21. Januar die Gründung einer Zahlstelle beschlossen. Da sie einen größeren Bezirk umfaßt, kam man überein, die Zahlstelle nach der nächsten Stadt, Schmalldalen, zu benennen. Mit den bisherigen Einzelzahlern erreichte die neue Zahlstelle 24 Mitglieder. Regere Agitation wird diese Zahl bald vergrößern. Unser Gauleiter, Kamerad Rödel, Erfurt, welcher der Neugründung beizuhelfen, hielt ein Referat: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Der kurzen Zeit wegen waren es nur wenige Worte, sie fanden aber sehr guten Anklang. In der Diskussion sprach noch unser neugewählter Vorstand, der den Kameraden ans Herz legte, recht treu und fest zusammen zu arbeiten, um den uns noch fernstehenden Kameraden ein guter Ansporn zu sein. Nachdem unser Gauleiter noch verschiedene Fingerzeige zur Führung der Geschäfte gegeben hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Starnberg. Die hiesige Zahlstelle hielt am 11. Januar in Berg, östliches Seeufer, eine gut besuchte Zimmererverversammlung ab. Durch rührige Agitation ist es uns gelungen, auch dort der Organisation Eingang zu verschaffen. Kamerad Pulfer, Starnberg, hielt einen Vortrag über das Thema: „Wer schützt unsere Interessen?“ Er führte etwa folgendes aus: In der Erkenntnis, daß die Befreiung des arbeitenden Volkes aus dem Joch des Kapitalismus nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, hätten sich in

Deutschland die Arbeiter politisch und gewerkschaftlich zusammengeschlossen, sie ständen heute als ein Machtfaktor im öffentlichen Leben. Auch die Zimmerer Deutschlands seien an diesem Befreiungskampfe seit 1868 beteiligt. Im Jahre 1883 sei unsere jetzige Organisation gegründet worden, der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, von dem die Zahlstelle Starnberg ein Glied bildet. Redner schilderte die Entwicklung des Verbandes, besonders die Entwicklung der Zahlstelle Starnberg, die großen Wechselwirkungen ausgekehrt gewesen und trotzdem seit 1895 ununterbrochen, also fast 25 Jahre, bestche. Ferner legte er den Kameraden zahlenmäßig die Entwicklung des Mitgliederbestandes, die Verkürzung der Arbeitszeit und die laufende Erhöhung des Stundenlohnes dar. Auch die Statuten unserer Organisation zergliederte er den Kameraden. Er schloß mit der Mitteilung, die Zahlstelle Starnberg sei befriedigt, daß auch hier der Gedanke der Organisation Eingang gefunden habe. Die Kameraden sollten dem Referenten Beifall und vertragen, im Sinne des Vortrages zu wirken. Es wurde dann ein Bezirk gegründet, dessen Obmann Johann Pfeisterer von Tarschach ist.

Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß uns der Krieg den Bezirk Tübing entzogen habe, aber dafür sei es gelungen, in Berg der Organisation Eingang zu verschaffen und einen Bezirk zu gründen. Die Agitation brachte 11 neue Mitglieder, der derzeitige Bestand beträgt 36 Mitglieder. Versammlungen fanden 9 in Starnberg, 1 in Berg und 1 Besprechung in Tübing statt. Der Versammlungsbesuch lies zu wünschen übrig, der Höchstbesuch war 18, der niedrigste 9. Berichte wurden 13 erstattet, und zwar 1 über Tarifabschluss, 2 über die Gaulonferenzen, 2 über Teuerungszulagen, 8 Kartellberichte. Letztere beschäftigten sich besonders mit der Lebensmittel- und Holzverjorgung, der Wohnungsfrage, Erwerbslosenversicherung, Errichtung eines Denkmals für die Revolutionsopfer, Bibliothek usw. Die Arbeitsgelegenheit war eine reichliche. 6 Willen wurden umgebaut, 3 größere Gebäude für landwirtschaftliche Zwecke, 1 Wohnhaus nach auswärts, 2 Wohnbaracken als Notwohnungen baute die Stadt selbst, mit je 4 Wohnungen, jede Wohnung mit 45 Quadratmeter Raum, ferner ein großes Wohnhaus und 40 Hütten-Kemiken für Unterkunft aller Art sowie 2 Eiseller aus Holz. Die Einfriedigung der Gärten nahm auch viel Zeit in Anspruch. Gegenwärtig sind alle Kameraden voll beschäftigt, jedoch rechnet man bald mit Arbeitslosigkeit, da es an Aufträgen fehlt und die Materialpreise unerschwinglich sind. Die Einnahmen für die Zentralkasse betragen im Jahre 1919 1278, wovon 27 am Orte für Unterstützung Arbeitsloser verblieben. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen zusammen 751,70, die Ausgaben 388,56, somit verblieb ein Kasseebestand von 363,14. Statistiken wurden 17 erhoben; 11 über die Mitgliederbewegung, 3 über Lebensmittelverteilung, 1 über die Durchführung des Achtstundentages, Entlohnung und Umrechnung von 9 1/2 Stunden auf 8 Stunden. Nach einer Beurlaubungsliste erhalten Lehrlinge im ersten Lehrjahre 70 % Stundenlohn, im zweiten Lehrjahre 1,40. Bei den kommenden Tarifverhandlungen muß mehr Augenmerk den Lehrlingen entgegengebracht werden. Buzgelt gehört 1 Bezahlung unsern Verbände an, bei 2 am Orte beschäftigten. Die Tätigkeit eines Gauleiters vermischen wir sehr, hoffen wir alle, daß es in diesem Jahr besser wird, da der Streit friedlich gelöst wurde. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kameraden, im neuen Jahre dem Verbands größeres Interesse entgegenzubringen durch fleißigen und regelmäßigen Versammlungsbesuch und durch eine rührige Tätigkeit für die Organisation. Kameraden, wir wollen mehr pflegen das Blümlein Brüderliebe, das uns mit andern Schwestern als ein Vermächtnis blieb. Die Vorstandswahl ergab keine Aenderung. Es wurde beschlossen, dem Kassierer für seine Mühe 50 jährlich und dem Hilfskassierer für jede verkaufte Karte 10 % Entschädigung zu gewähren. Einem lange Kranken Kameraden wurden 25 überwiesen. Zur Frage der Abänderung oder Aufhebung des Ortsstatuts wurde beschlossen, der nächsten Versammlung statistisches Material vorzulegen.

Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Sammlung veranstaltet zugunsten unserer Fahnenkasse sowie für die Deutsch-Oesterreicher. Das Ergebnis war gut. Zwei Drittel wurden an die Fahnenkasse abgeführt. Kamerad Reuger erstattete Bericht über die Teuerungszulage, die ab 10. Dezember 1919 nachbezahlt werden muß. Der Vorsitzende hielt die Mitglieder willkommen. Insbesondere hieß er die Delegierten aus Biberach und Ehingen sowie alle aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Kameraden willkommen. Zu Ehren der im Felde verbliebenen Kameraden erhob sich die Versammlung von ihren Sitzen. Kamerad Groß gab nun den Jahresbericht bekannt und hob dabei besonders hervor, daß das abgelassene Geschäftsjahr für uns alle in bezug auf Arbeitslosigkeit und Aufschwung unserer Zahlstelle ein gutes war. Die große Wohnungsnot, die auch in hiesiger Stadt herrscht, hat allgemein dazu beigetragen, daß wenige Zimmerer arbeitslos waren. Gleich im Frühjahr mußten wir uns mit dem neuen Tarifabschluss beschäftigen; jedoch sind die Verhandlungen in Stuttgart gescheitert. Durch örtliche Verhandlungen kamen wir zur Einigung. Durch Umrechnung von 10 auf 8 Stunden wurde ein Stundenlohn von 1,52 erzielt. Sodann wurde für Ulm in eine ganz besondere Agitation eingetreten, welche mit Hilfe älterer Kameraden sehr gute Erfolge hatte. Überall sind die Zimmerer unserm Rufe gefolgt und haben sich der Organisation angeschlossen. Durch den Reichstakt konnten wir auf allen Plätzen Delegierte verzeichnen. Insbesondere waren es die Kameraden Enders und Wöttiger, welche ihre Plätze reiflos organisierten. Auch außerhalb Ulms wurde Agitation getrieben, wie in Günzburg, Saulgau, Ehingen, Illertissen, Altmühl und Biberach. Überall haben sich da auch die Kameraden zum großen Teil angeschlossen. Durch die fortwährende Steigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel mußten wir uns mit neuen Teuerungszulagen beschäftigen. Der Stundenlohn wurde auf 1,80 erhöht. Den Bezirken wurde durch Schiedspruch zu ihrem Lohn verjolfen. Eine weitere Teuerungszulage brachte den Lohn auf 2 und später auf 2,10. Durch den schnellen Aufschwung der Zahlstelle haben wir uns schon längere

Zeit mit der Angelegenheit beschäftigt. Leider wurde uns auf der Generalversammlung vom Gauleiter erklärt, daß die in Betracht kommenden Zahlstellen Wahlen-Geldern ihm für dazugehörigen einen Bezirksleiter zu unterstützen. Im Interesse des Gesamtverbandes und der Gauleitung würde es aber liegen, daß wir diese Frage ernstlich prüfen, um die vielen Zimmerer, welche noch der Organisation zugeführt werden können, so bald wie möglich zu erreichen; denn gelingen kann es nur, wenn ein Kamerad aus dem Arbeitsverhältnis steht. Wir in Württemberg sind gewillt, den letzten Zimmerer dem Verbande zuzuführen. Insgesamt waren für das laufende Jahr 14 Mitgliederversammlungen, 1 Generalversammlung, 1 Protestversammlung nötig. Ausschreibungen haben 12 stattgefunden, 4 gemeinschaftliche mit den Bauarbeitern, 11 Kartell- und 8 Kartellausschreibungen. Der Versammlungsbesuch war ein mäßiger, was der schlechten Zugverbindung zuzuschreiben ist. Aber immerhin haben bei schwierigen Problemen die Kameraden sich restlos eingefunden. Auch die Organisation der Beurlinge war eine gute, alle jungen Kameraden haben sich angeschlossen. Auch die Genossenschaftsfrage hat uns des öfteren beschäftigt, da aber zurzeit die Finanzen der Arbeiter sehr niedrig sind, mußte dieselbe zurückgestellt werden. Jedoch darf dieselbe nicht aus dem Auge gelassen werden. Die Mitgliederbewegung war im Laufe dieses Jahres etwas ruhiger als in den Vorjahren, insgesamt haben wir 261 Aufnahmen zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle beträgt am Schlusse des vierten Quartals 263. Der Kassenericht zeigt ein gutes Resultat. Die Gesamtaufnahmen der Zentralkasse betragen M 6118,55, die Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung betragen M 64,75. Die Einnahmen der Lokalkasse waren M 2664,48, demgegenüber war eine Ausgabe von M 1569,97 zu verzeichnen. Der Kassenbestand ist auf M 1100,51 angewachsen, einschließlich der Lokalkasse für die Zahlstelle. Am Schlusse des Jahresberichts dankte der Vorsitzende allen an der Agitation beteiligten Kameraden, mit dem Wunsche, treu und geschlossen zusammenzuhalten. Der Redner erzielte reichen Beifall. Kamerad Lopp verlas die Abrechnung des vierten Quartals, welche nicht beanstandet wurde. Kamerad Geramann erstattete Revisionsbericht und bittet, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Es waren 9 Anträge eingelaufen. Dieselben wurden alle gutgeheißen und fanden einstimmige Annahme. Zur Standardienfrage fand eine lebhaft diskutierte Sitzung statt, da einige Kameraden dagegen waren. Nach reichlicher Aussprache, in der Kamerad Thormarth zur Anschaffung einer Fahne die Kameraden ermunterte, fand dieselbe gegen 6 Stimmen Annahme. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen, der alte Ausschuss wurde einstimmig wiedergewählt. Ebenfalls wurden die Delegierten zum Kartell, Bauarbeiterkongress usw. gewählt, und so weit es möglich war, die Delegierten auf den verschiedenen Plätzen. Von der Wahl eines Vertrauensmannes für die Volkspflege mußte Abstand genommen werden. Von Kamerad Thormarth wurde vorgeschlagen, eine Kommission einzusetzen, welche ständig mit der Steigerung aller Bedürfnisse auf dem laufenden ist, um künftig bei Verhandlungen Material in der Hand zu haben. Dieselbe wurde von Thormarth, Mat. Gumbinger, Holz und Mathis besetzt. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende über wichtige Fragen noch Auskunft, wie über Jugendamt, Auswandererfrage, Arbeitersekretariat, Tarifabschluß in H. Da die Zeit schon ziemlich vorgeschritten war und die Kameraden die Stärke des Hofes nicht erkannt haben, fand die lebhaft verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband ihren Abschluß.

Verbort. Wir besaßen uns bereits in einer außerordentlichen Versammlung am 22. Dezember vorigen Jahres mit der ungeheuren Teuerung und kamen zu dem Entschluß, weil unbedingt etwas geschehen müsse, um unsere Lage zu verbessern, unsern Gauleiter zu ersuchen, sich mit den hiesigen Zimmermeistern in Verbindung zu setzen. Nachdem wir jedoch auf wiederholtes Ersuchen eine Antwort nicht erhielten, mußten wir selbständig vorgehen, was sich als sehr gut erwiesen hat. Am 17. Januar forderten wir die Zimmermeister auf, mit uns in Verhandlungen zu treten; wurde bis 20. Januar eine Antwort nicht eingehen, so würden wir die Arbeit ruhen lassen. Mit einem Male hatten es die Unternehmer sehr eilig; schon am 21. Januar haben Verhandlungen stattgefunden, woran auch der Geschäftsführer des Vergleichen Schutzbundes teilgenommen hat. Anfangs protestierten wir gegen dessen Teilnahme, jedoch nach dreistündiger Verhandlung waren die Herren Unternehmer so weit, daß sie uns eine Lohnerhöhung von 40 pSt. zugestanden und uns vorhielten, daß wir jetzt mit unserm Stundenlohn von M 4,80 in Deutschland an der Spitze marschieren. Darauf können wir natürlich stolz sein. Wir hatten noch am 20. Januar eine Versammlung, in der die Kameraden auf die Folgen eines Streiks aufmerksam gemacht wurden. Allein wir haben uns gesagt: Friede gewagt, ist halb gewonnen. Und so war es auch. Die Arbeit wurde eingestellt und die Verhandlungen am nächsten Tage brachten obiges Ergebnis. Der Sieg ist uns so bedeutsamer, als wir erst 4 Monate selbständige Zahlstelle sind und 23 Mitglieder zählen. Hoch die Solidarität!

Wiesdorf. (Nachbericht.) Die Zahlstelle Wiesdorf wurde im März 1919 ins Leben gerufen, das heißt ein Teil der hiesigen Mitglieder sagte sich los von Mülheim und bildeten so die jetzt in bester Blüte stehende Zahlstelle Wiesdorf. Es war somit ein schon lange gehegter Wunsch der hiesigen Mitglieder vollzogen. Die Zahlstelle bestand damals aus 62 Mitgliedern, meist solchen der chemischen Industrie, weil damals die chemische Industrie allein circa 40 Zimmerer beschäftigte, wovon bereits 30 der Zahlstelle Mülheim angehörten und für Wiesdorf übernommen wurden. Seit dieser Zeit ist die Mitgliederzahl bis zum Jahresabschluss auf 77 gestiegen. Auf die beschwerliche Einreise ins besetzte Gebiet ist es zurückzuführen, daß ein weiteres Anwachsen der Mitgliederzahl beeinträchtigt wurde. Die Arbeitsverhältnisse waren im vergangenen Jahre günstig und aus diesem Grunde auch eine rege Nachfrage nach gelernten Zimmerern, die sich bis in den Winter hinstrückte. Durch den günstigen Stand unseres Berufes konnten wir zweimal unsere finanzielle Lage verbessern, zuletzt durch einen vierwöchigen Streik (August-September), dem die Unternehmer, gestützt auf die englischen Majonette,

sehr starken Widerstand entgegenbrachten. Der Stundenlohn stieg nach dem letzten Streit von M 2,50 auf M 2,80 und weiter bis M 3. Diese Lohnbewegung führten wir gemeinsam mit den Zahlstellen Köln, Mülheim und Düren. Es machte kolossale Arbeit innerhalb des Zahlstellengebietes, bis uns ein selbständiges und gemeinschaftliches Arbeiten mit sämtlichen hier beschäftigten Zimmerern, die zum Teil der Gewerkschaft fernstanden und Bred und Ziel der Organisation noch nicht erkannten, ermöglicht wurde. Wir mußten sogar nach dem Streit dazu übergehen, 2 Mitglieder, welche gegen den § 14 Absatz 8 der Streitangeimeisung des Statuts verstoßen hatten, auszuschließen; andere mußten erst durch scharfe Maßnahmen und mit Hilfe anderer Organisationen dazu gebracht werden, ihren Verpflichtungen, welche sie in erheblichem Maße vernachlässigt hatten, nachzukommen. Der Streit, der unserer jungen, an Lokalgeldern recht armen Zahlstelle schwere Opfer auferlegte, wurde mit Erfolg zu Ende geführt. Wir waren durch erhebliche Unterstützung der Kameraden der chemischen Industrie, welche für sich dem Tarif der chemischen Industrie angeschlossen und nicht direkt mit in den Streit verwickelt waren, in der Lage, den streikenden Mitgliedern mit Hilfe der zentralen Unterstützung durchschnittlich eine Unterstützung von M 12 bis M 14 täglich zu gewähren. Lebige erhielten M 8. Die Ausgaben der arbeitenden Kameraden, M 2,70 täglich, waren recht schwere, doch schienen sie in Anbetracht der Herbstperiode unbedingt erforderlich. Während des Streiks unterstützte uns das hiesige Gewerkschaftskartell mit einer Sammlung von M 1080. Es streikten durchschnittlich 15 Mann 4 Wochen lang. Sehr viel Arbeit machte uns hier in Wiesdorf die chemische Industrie mit ihren Abmachungen vom Jahre 1919, die mit dem von uns vertretenen Standpunkte kollidierten. Wir sind der Meinung, daß ein Tarifabschluß der chemischen Industrie für sämtliche Kategorien, Handwerker und Arbeiter gemeinsam, nicht zu unserm Vorteil sein kann, da zum Teil bei den Industriearbeiterverbänden noch nach dem alten Schema, Klassenlöhne, gearbeitet wird, die von uns seit Jahren bekämpft werden. Seit Bestehen der Zahlstelle wurden folgende wichtige Anträge angenommen und protokolllarisch festgelegt: 1. Am 2. September 1919: Bevor Poliere aus unserer Zahlstelle Verträge irgendwelcher Art abschließen, ist dem Vorstand der Vertrag zur Genehmigung erst vorzulegen. Bestehende Verträge sind in diesem Sinne zu erneuern. 2. Akkorarbeit irgendwelcher Art ist hiermit für unsere Mitglieder innerhalb unserer Zahlstelle verboten. 3. Am 4. November 1919: Kranken- und Erwerbslosenmarken sind von der Lokalkasse zu bestreiten. 4. Am 6. Januar 1920: Daß sämtliches Ueberarbeiten nach dem Achtstundentag, gleich welcher Art, mit dem Verlust des ganzen dabei verdienten Lohnes bestraft wird. Seit Bestehen wurden in unserer Zahlstelle 18 Vollversammlungen und circa 10 Vorstandssitzungen abgehalten. Diese Vollversammlungen waren insgesamt von 539 Mitgliedern besucht. Besondere Verdienste bei der Gründung sowohl als bei Schluß des Jahres haben sich der Vorsitzende und der Kassierer durch rastloses Arbeiten für das Gedeihen der jungen Zahlstelle erworben. Ihnen stehen sämtliche Dankschreiben würdig zur Seite. Alle wurden fast einstimmig bei der Neuwahl wiedergewählt. Möge das kommende Jahr uns noch enger zusammenschließen, damit auch der letzte Rest der Kinderfrankheit innerhalb unserer Zahlstelle verschwinde und wir für die kommende Zeit geschlossen wie ein Mann dem Unternehmertum die Stirne bieten können. Das ist unser aller Neujahrswunsch.

Possen. Unsere Mitgliederversammlung am 18. Januar war gut besucht. Nach Regelung der Beiträge wurde die Neuwahl des Vorstandes und der Kartellbelegierten vorgenommen. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zur Lohnforderung. Es wurde die Ansicht vertreten, daß der Lohnbezirk Possen dem Tarifgebiet Berlin einverleibt werden müsse. Dem wurde entgegeng gehalten, daß dadurch die augenblickliche Lohnforderung nur verzögert würde, weil alle Vorbereitungen zu diesem Schritte fehlten und geraume Zeit vergehen würde, bis sie getroffen seien. Dennoch müsse die Anregung beachtet und ihre Durchführung angestrebt werden. Nach längerer Debatte wurde ein Vorschlag angenommen, wonach ein Stundenlohn von M 3,20 und eine Teuerungszulage von 70 % gefordert werden soll. Es wurde eine Lokalkommission von 2 Kameraden gewählt, die durch je einen Vertreter von den Plätzen verstärkt wurde. Unter „Verschiedenes“ wurde noch auf die Organisation der Beurlinge hingewiesen.

Birkhan. Am 18. Januar fand unsere diesjährige gutbesuchte Generalversammlung statt. Eingangs erstattete der Vorsitzende Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Jahre. Das Geschäftliche der Zahlstelle wurde in 19 Versammlungen, 6 Vorstandssitzungen und 1 Delegiertenversammlung geregelt. Außerdem fanden 2 Versammlungen in Kirchberg und 1 in Wildensfels statt. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und der immer mehr steigenden Teuerung wurden 3 Lohnbewegungen geführt, so daß sich unser Lohn von M 1,54 auf M 2,75 erhöht hat. Bei dem Tarifabschluß im März und der Teuerungszulage im August vorigen Jahres erzielten wir durch Verhandlungen kampflos Erfolge. Bei den letzten Forderungen einer Teuerungszulage im November scheiterte an der Starrköpfigkeit und dem Herrenstandpunkt unsern Unternehmern jede gültige Verhandlung, so daß wir gezwungen waren, am 20. November in den Streit zu treten. Nach sechs-wöchiger Dauer des Streiks hatten wir die Unternehmer zur Nachgiebigkeit gezwungen und erzielten einen Abschlag von 40 % die Stunde bis zum endgültigen Abschluß der zentralen Verhandlungen in Berlin, die uns hoffentlich noch etwas mehr bringen. Der Streik hat bewiesen, daß die Zimmerer Jwida auch im Winter ihren Willen durchzusetzen wissen. Leider hatten wir auch 3 Streikbrecher zu verzeichnen. Es sind dies die Zimmerleute Girsch, Bürger und Windisch. Die Kameraden mögen sich das saubere Kleeblatt merken und ihnen die gebührende Verachtung entgegenbringen. Mit dem Wunsche, daß sich unsere Zahlstelle auch weiterhin kräftig entwickeln möge, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Es wurde sodann der Be-

richt des Kassierers entgegengenommen. Einem Lokalkassenbestand von M 8965,59 vom vorigen Jahre, steht gegenwärtig ein Bestand von M 4864,47 gegenüber. Wir haben also ein Defizit von M 4369,12 zu verzeichnen, was auf die Ausgaben und Unterstellungen während des Streiks zurückzuführen ist. Pflicht aller Kameraden muß es sein, unsern Lokalfonds zu stärken, damit wir bei eventuellen Kämpfen, die uns wohl auch in Zukunft nicht erspart bleiben werden, gerüstet sind. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kassengeschäfte. Anschließend fanden die Neuwahlen statt. Aus den Vorschlägen ging hervor, daß eine Verjüngung des Vorstandes beabsichtigt wurde, was auch das Ergebnis der Wahlen bestätigte. Die neugewählten Kameraden dankten für das ihnen entgegengebrachte Vertrauen und versprachen, ihre Posten zum allgemeinen Wohle der Zahlstelle auszuüben. Die Versammlung nahm hierauf noch den Kartellbericht vom Kameraden Schöne entgegen, an den sich eine kurze Diskussion anschloß. Die Jwidaer Kameraden mögen auch dieses Jahr fest und treu zur Organisation stehen und sich noch fester zusammenschließen, um bei neuen wirtschaftlichen Kämpfen gewappnet zu sein.

Sterbetafel.

Chemnitz. Am 18. Januar verstarb unser Kamerad Michael Prohaska im Alter von 66 Jahren.
Gotha. An den Folgen einer Operation verstarb unser Kamerad Karl Heß in der Klinik zu Jena.

Gewerkschaftliche Rundschau.

† **Adam Neumann**, der seit Ernennung Weiparts zum Arbeitsminister in Württemberg (1. September 1919) im Holzarbeiterverbände die Geschäfte des ersten Vorsitzenden führte, ist in Hamburg, wo er Verbandsgeschäfte zu erledigen hatte, am 28. Januar plötzlich gestorben.

Ein wichtiges Gewerbegerichtsurteil. In einer Klagesache der Kupferschmiede der Firma Barthels & Lüders in Hamburg kam das Gewerbegericht in Hamburg am 17. Dezember 1919 auf Grund folgenden Tatbestandes zu dem Urteil, daß die beklagte Firma jedem der Kläger den Betrag von M 76,80, zusammen M 230,40, zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen hat. Die Verhandlung ergab folgenden Tatbestand: Die Kläger sind bei der Beklagten als Kupferschmiede beschäftigt gewesen und die Beklagte, welche Mitglied des Verbandes der Eisenindustrie ist, hat in Gemäßheit des zwischen ihrem Verbande und der Arbeiterkassette des Verbandes abgeschlossenen Tarifvertrages den Klägern den darin für Kupferschmiede festgesetzten Stundenlohn von M 2,70 bezahlt. Die Kläger sind nun aber Mitglieder des Verbandes der Kupferschmiede und die Beklagte ist auch Mitglied des Vereins der Kupferschmiedereien und Apparatebauanstalten; in dem zwischen diesen beiden Organisationen abgeschlossenen Tarifvertrag ist der Stundenlohn für gelernte Arbeiter auf M 2,90 festgesetzt. Kläger verlangen die Differenz zwischen diesem Lohnsatz und dem tatsächlich bezahlten mit je 20 % für 384 geleistete Arbeitsstunden ersetzt und haben Kläger unter Vorbehalt weiterer Forderungen beantragt, die Beklagte zur Zahlung von M 76,80 an jeden Kläger zu verurteilen.

Die Beklagte hat beantragt, die Kläger mit ihrer Klage abzuweisen und hat ausgeführt: Den Lohn von M 2,70 habe sie mit ausdrücklicher Einwilligung ihres Arbeiterausschusses bezahlt. Vor dem 1. Oktober d. J. sei der Lohn des Kupferschmiedes-Tarifvertrages niedriger gewesen als der Lohn des Eisenindustrie-Tarifvertrages, und damals habe die Beklagte den höheren Lohn des letztgenannten Tarifs bezahlt, also könnten Kläger jetzt nicht, nur weil es ihnen günstiger sei, plötzlich nach dem Kupferschmiedetarif verlangt. Vergleichsverhandlungen sind erfolglos verlaufen.

Gründe: Nach der grundlegenden Bestimmung in § 1 Satz 1 der Verordnung über Tarifverträge usw. vom 23. Dezember 1918 sind Arbeitsverträge insoweit unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. Und nach Satz 2 und 3 daselbst sind abweichende Vereinbarungen wirksam, soweit sie eine Verringerung zugunsten des Arbeitnehmers enthalten; an die Stelle unwirksamer Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages. Aus diesen Vorschriften geht klar hervor, daß es der Wille des Gesetzes ist, daß dem Arbeiter immer die günstigste Bestimmung über Lohnhöhe zugute kommen soll. Wenn also Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie hier, beide in mehreren verschiedenen Organisationen Mitglieder sind, und es werden mehrere Tarifverträge abgeschlossen, die die Lohnhöhe der beteiligten Arbeiter verschieden bemessen, wird sich der Arbeitnehmer immer auf den ihm günstigsten Tarif berufen können. Der Arbeitgeber wird nicht erwidern dürfen, daß der eine Verband, in dem sich seine Arbeiter befinden, seine Mitglieder verpflichtet habe, mit dem in seinem Tarif festgesetzten Lohn zufrieden sein zu wollen, denn die Bemessung des Lohnes in einem Tarif bedeutet nach den obigen Ausführungen immer nur die Festsetzung des Mindestlohnsatzes; eine höhere Bemessung durch einen Arbeitsvertrag, also auch indirekt durch anderweitige tarifliche Regelung, ist immer zulässig. Daher erscheint der Klageantrag als begründet, und es war zu erkennen, wie gesehen.

Soweit das Gewerbegerichtsurteil. Wie hier in den „Gründen“ die Konsequenz der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 herausgearbeitet ist, so haben wir sie auch aufgeführt. Sie kommt für unsere Kameraden, die in berufsfremden Betrieben Zimmerarbeit verrichten, in Betracht. Wenn der betreffende Betrieb auch unter einen besonderen, vom Tarifvertrage für das Baugewerbe abweichenden Tarifvertrag fällt, für Zimmerer andere Löhne vorschreibt und beide Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt worden sind, so haben unsere Kameraden Anspruch auf den höchsten der beiden in Frage kommenden Tariflöhne, sie fallen dann eben unter beide Tarifverträge; der für sie günstigste ist der für ihren Lohn maßgebende.

Versammlungsanzeiger.

Sonntag, den 8. Februar:
 Tarmen: Nachm. 4 Uhr in Wodrichs Gasthof.
Montag, den 9. Februar:
 Neudamm: Abends 8 Uhr im „Apollosaal“.
Dienstag, den 10. Februar:
 Kiel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lichtsaal 7. —
 Potsdam: Abends 8 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-
 Straße 88.
Mittwoch, den 11. Februar:
 Duisburg, Bezirk Mülheim a. d. Ruhr: Abends
 8 Uhr bei Hollenbergs, Dickswall. — Glogau: Eine halbe
 Stunde nach Feierabend bei Woide, Taubenstr. 11. — Grittig:
 Abends 6 Uhr in „Stadt Hamburg“, Oberer Steinweg. —
 Niesitz: Nach Feierabend im Gasthof „Zum Stern“. —
 Penzig: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei St. Christensen.
 — Schwerin: Abends 8 Uhr bei Krüger, Großer Moor.
Donnerstag, den 12. Februar:
 Neumünster: Abends 8 Uhr bei Blohm, Plöner Straße 7.
Freitag, den 13. Februar:
 Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 14. Februar:
 Emmendingen: Gleich nach Feierabend im „Schwarz-
 wälder Hof“. — Zeber: Abends 8 Uhr in der „Traube“.
 — Vöhl i. Schl.: Eine Stunde nach Feierabend bei
 Schrammel. — Uffen: Abends 7 Uhr im „Bayerischen Hof“.
 — Tangermünde: Abends 8 Uhr im „Kaiserhof“. —
 Trier: Abends 8 Uhr in der „Union“, Nagelstr. 15. —
 Uetersen: Abends 8 Uhr bei Carl Sievers. — Wanne:
 Abends 7½ Uhr bei Kumpmann, Schulstr. 24. — Witten:
 Abends 8 Uhr bei Heinr. Röhmeier, Ardenstr. 104.
Sonntag, den 15. Februar:
 Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr bei Joh. Weller, Hafens-
 trasse 9. — Goldberg i. W.: Nachm. 4 Uhr im Gewerks-
 chaftshaus. — Hohenmölsen: Nachm. 8 Uhr in Rupschs
 Restaurant, Weissenfelder Straße 17. — Neudamm: Nachm.
 4½ Uhr im Gewerkschaftshaus „Hotel Deutsches Haus“.

Anzeigen.

[M. 8,90] **Nachruf.**
 Am 10. Januar starb infolge Blinddarmentzündung
 unser Kamerad
Bernhard Rennert
 im Alter von 58 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Grossröhrsdorf.

[M. 7,50] **Nachruf.**
 Von unserer Zahlstelle fielen folgende Kameraden
 dem Weltkriege zum Opfer:
Carl Baumeister | **Heinrich Emme**
Louis Hannibal | **Heinr. Tegimeyer**
Fritz Hundertmark | **Fritz Büssener**
 und **Georg Grossmann** aus Holzhausen,
Fritz Prante aus Desdorf,
August Kayser | **Friedrich Spohr**
 aus Löwenfen,
Heinr. Brackhahn | **Fritz Böcke**
 aus Thal,
Heinrich Meyer | **Heinrich Spiegel**
 aus Griesen.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Holzhausen-Pyrmont.

[M. 8,90] **Nachruf.**
 Am 16. Januar starb plötzlich infolge eines Un-
 falls unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer
 unserer Zahlstelle
Karl Behrendt
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Landsberg a. d. W.

[M. 8,80] **Nachruf.**
 Am 17. Januar starb nach kurzer schwerer Krankheit
 der Kamerad
August Becker
 im Alter von 46 Jahren.
 Sein Andenken werden wir in Ehren halten!
 Die Zahlstelle Magdeburg u. Umg.

[M. 5,40] **Nachruf.**
 Dem Weltkriege fielen folgende Kameraden aus
 unserer Zahlstelle zum Opfer:
Heinrich Fischer | **Karl Rakow**
Willy Panten | **Paul Treichel**
 Am 28. Dezember 1919 starb unser Kamerad
Friedrich Wilhelm
 im Alter von 55 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Zahlstelle Kolberg.

[M. 5,70] **Nachruf.**
 Dem Weltkriege fielen folgende Kameraden unserer
 Zahlstelle zum Opfer:
Franz Nowack, | **Otto Sahn,**
Otto Bartsch, | **Paul Gollmjewski,**
Max Feller, | **Paul Kojawski,**
Peter Kojawski, | **Gustav Amling,**
Joseph Oblotzki, | **Jakob Menkowski.**
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Marienburg.

[M. 8,90] **Nachruf.**
 Am 18. Januar starb nach kurzer, schwerer Krank-
 heit unser langjähriges Mitglied und treuer Kamerad
Robert Rudolf
 im Alter von 45 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Meuselwitz.

[M. 6] **Nachruf.**
 Im Weltkriege 1914/18 erlitten folgende Kameraden
 aus unserm Bezirk den Heldentod:
Karl Spitzki | **Gustav Krause**
 aus Götzenboden | aus Wiese
Gustav Wiechert | **Gottfried Dietrich**
 aus Wiese | aus Hagenau
Friedr. Klenapfel | **Emil Gertlowski**
 aus Hagenau | aus Georgenthal
Johann Taube aus Groß-Hermenau.
 Ihr Andenken werden wir stets in Ehren halten!
 Zahlstelle Mohrunen i. Ostpr.

[M. 8,10] **Nachruf.**
 Dem Weltkriege fielen folgende Kameraden zum
 Opfer:
L. Alpen | **W. Kruse**
C. Bustorf | **Otto Reck**
Chr. Haase | **K. Roweder**
H. Haase | **Joh. Suhren**
W. Haltenhof | **J. Thielmann**
M. Kerschinski | **J. Tornow**
August Voss

Am 24. Januar starb nach langer Krankheit unser
 treuer Kamerad
Johs. Riepen
 im Alter von 84 Jahren.
 Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Neumünster.

[M. 4,50] **Nachruf.**
 Dem wahnstinnigen Völkermorden fielen folgende
 Kameraden zum Opfer:
Fritz Paul
Alfred Karkutt
 üblich verunglückt.
 Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Riesenburg.

[M. 3,80] **Nachruf.**
 Am 18. Januar starb nach schwerer Krankheit
 unser lieber Kamerad und Kolporteur von Raschau
Hans Lorenz
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Schwarzenberg i. Krzg.

[M. 6,30] **Nachruf.**
 Dem furchtbaren Völkermorden fielen folgende
 Kameraden zum Opfer:
Max Scholz | **Paul Winkler**
Paul Latke | **Richard Seidel**
Paul Hertel | **Fritz Leibner**
Paul Schmidt | **Karl Gimpel**
Paul Mende | **Reinhold Hänsler**
Paul Wilde | **Hermann Stober**
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Wohlau i. Schl.

[M. 6,30] **Nachruf.**
 Dem wahnstinnigen Völkermorden fielen folgende
 Kameraden unserer Zahlstelle zum Opfer:
Otto Gottschalk | **Karl Schmidt**
Wilh. Otto | **Walter Stutz**
Otto Seuss | **Fritz Kanow**
Ernst Betgin | **Karl Witt**
Wilh. Hülseberk | **Franz Krause**
Karl Steltner
 Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Zehdenick und Umgegend.

Zahlstelle Berlin u. Umg.
 Montag, 9. Februar, abends 6½ Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engeliner 15, Saal 3:
Vertrauensmännerversammlung.
 Tagesordnung: 1. Die Verbindlichkeitsklärung
 des Tarifvertrages. 2. Baustellenangelegenheiten.
 Auf Grund der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht
 sämtlicher Fabrik-, Hoch- und Tiefbauvertrauensleute, zu
 dieser Sitzung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
 [M. 1,80] Der Vorstand.

Zahlstelle Magdeburg u. Umg.
 Das Bureau unserer Zahlstelle befindet sich Fackel-
 berg 9, vorn, part. Alle geschäftlichen Angelegenheiten, wie
 An- und Abmeldungen, Auszahlung der Kranken-, Arbeits-
 losen- und Reiseunterstützung sowie die Arbeitslosenkontrolle,
 werden hier erledigt. Geschäftsstunden von 8½ bis 1 Uhr
 und von 3 bis 5½ Uhr. Bei Nichtanwesenheit des Geschäfts-
 leiters erteilt im Auftrage desselben Kamerad D. Klein e
 Auskunft. Fernruf 2406. [M. 1] Der Vorstand.

Zahlstelle Ueckermünde.
 Unsere Mitgliederversammlung findet von jetzt an jeden
 Sonntag vor dem Monatsersten um 4 Uhr nachmittags statt.
 Die Kameraden werden gebeten, dazu pünktlich und zahlreich
 zu erscheinen. Die Arbeitslosenunterstützung wird jeden
 Sonnabendnachmittag zwischen 4 und 5 Uhr im Gewerkschafts-
 haus ausgezahlt. [80 A] Der Zahlstellenvorstand.

Achtung! Zahlstellenaffierer!
 Der Kamerad **Friedrich Meister**, geboren am
 14. Mai 1880 zu Stendal (Verbandsbuch-Nr. 250778, erneuert
 am 1. Januar 1917 in Bochum), hat hier selbst noch Ver-
 pflichtungen hinterlassen. Wir bitten um Einsendung von
 Meisters jetziger Adresse. **Otto Siegmund**, Bochum,
 Bahnhofstraße 38. [M. 2,40]

Zentral-Krankenkasse der Zimmerer Deutschlands
Verwaltungsstelle Hamburg (sämtliche Bezirke).
 Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr:
Mitgliederversammlung
 im Lokale des Herrn Stoppel, Postdoker Straße 50.
 Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Die Zahlung
 der Beiträge für arbeitslose Mitglieder durch das Arbeitsamt.
 3. Wahlen: a) eines Kassierers für den Bezirk Warmbeck-
 Uhlenhorst; b) eines zweiten Vorsitzenden; c) eines Revisors.
 4. Verschiedene Anträge der Verwaltung.
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß alle
 Mitglieder in dieser Versammlung erscheinen.
 [M. 1,70] Der Vorstand.